

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2020/202407]

**27. APRIL 2020 — Dekret über die Adoption von Kindern**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets sind auf alle Adoptionen anwendbar, insofern eine der betroffenen natürlichen oder juristischen Personen ihren Wohnsitz oder ihre Niederlassung im deutschen Sprachgebiet hat.

**Art. 2 - Personenbezeichnungen**

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

**Art. 3 - Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Adoptierender: die in Artikel 343 § 1 Buchstabe *a*) des Zivilgesetzbuchs erwähnte Person, die ein in Belgien oder im Ausland geborenes Kind adoptiert hat;
2. Adoptionskandidat: die in Artikel 343 § 1 Buchstabe *a*) des Zivilgesetzbuchs erwähnte Person, die ein Adoptionsverfahren beginnt oder durchläuft, um ein in Belgien oder im Ausland geborenes Kind zu adoptieren;
3. Adoptionsvermittlungsdienst: eine gemäß Artikel 12 anerkannte juristische Person privaten oder öffentlichen Rechts, die als Adoptionsvermittler tätig ist;
4. Datenschutz-Grundverordnung: Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG;
5. Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993: Übereinkommen vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption;
6. internationale Adoption: jede Adoption, die die internationale Umsiedlung eines Kindes gemäß den Artikeln 360-2 und 365-6 des Zivilgesetzbuchs zur Folge hat;
7. Inlandsadoption: jede Adoption, die keine internationale Umsiedlung eines Kindes zur Folge hat;
8. Kind: Person, die ihr 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
9. ZBGA: die in Artikel 6 erwähnte Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption.

**Art. 4 - Grundsatz der Adoption**

Das Ziel der Adoption besteht darin, für ein Kind eine geeignete Familie zu finden und nicht für eine Familie ein Kind.

Das Dekret muss im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der Adoption und dem doppelten Subsidiaritätsprinzip der internationalen Adoption angewandt werden.

Im Rahmen des vorliegenden Dekrets stellt die Deutschsprachige Gemeinschaft insbesondere folgende Grundsätze sicher:

1. die Adoption wird zum Wohle des Kindes und unter Wahrung seiner Grundrechte durchgeführt;
2. die Grundrechte jeder betroffenen Person werden bei dem Adoptionsverfahren respektiert;
3. der Zugang zu den Adoptionsverfahren wird ohne Diskriminierung gewährleistet;
4. den leiblichen Eltern wird eine qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung angeboten;
5. den Adoptionskandidaten wird eine qualitativ hochwertige Information und Adoptionsvorbereitung angeboten;
6. den Adoptierenden und Adoptierten wird eine qualitativ hochwertige Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung angeboten.

**Art. 5 - Zusammenarbeit mit einer anderen belgischen Behörde**

Die in den Artikeln 24 § 2 und 3, 25 § 1, 26, 44, 45, 50, 51, 55 und 56 erwähnten Aufgaben und/oder Tätigkeiten, die im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens durch andere belgische Behörden oder durch Dienste, die von diesen Behörden anerkannt wurden, gewährleistet werden, können den Aufgaben und/oder Tätigkeiten, die durch die ZBGA oder durch die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste gewährleistet werden, gleichgestellt werden.

Die Regierung legt die Modalitäten einer Unterstützung für Adoptionskandidaten fest, die bei einem Adoptionsvermittlungsdienst einer anderen belgischen Behörde auf sprachlich bedingte Verständigungsschwierigkeiten stoßen.

*KAPITEL 2 — Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption*

**Art. 6 - Schaffung der Zentralen Behörde der Gemeinschaft für Adoption**

Die Regierung schafft eine Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption mit Sitz im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachstehend "ZBGA" genannt.

**Art. 7 - Zusammensetzung der ZBGA**

§ 1 - Die ZBGA setzt sich zusammen aus einem Direktor, einem Sozialdienst und einer Verwaltung.

§ 2 - Der Direktor verfügt mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder ein gleichgestelltes Diplom und über mindestens drei Jahre Berufserfahrung im sozialen Bereich.

Der Sozialdienst setzt sich aus einem oder mehreren Mitarbeitern zusammen. Diese verfügen mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung.

Die Verwaltung setzt sich aus einem oder mehreren Mitarbeitern zusammen. Diese verfügen mindestens über ein Diplom der Oberstufe des Sekundarunterrichts.

§ 3 - Die Ausübung der Funktion des Direktors, des Mitarbeiters des Sozialdienstes, des Mitarbeiters der Verwaltung der ZBGA, des Regierungsmitglieds und des Personalmitglieds eines Kabinetts ist unvereinbar mit der Eigenschaft eines Mitglieds einer Trägerschaft eines Adoptionsvermittlungsdienstes sowie mit der Funktion eines Mitarbeiters eines Adoptionsvermittlungsdienstes.

**Art. 8 - Aufgaben der ZBGA**

Die Aufgaben der ZBGA umfassen insbesondere:

1. die Gewährleistung und Veröffentlichung von Informationen zur Adoption und deren Verfahren im deutschen Sprachgebiet;
2. die Betreuung, die Koordination, die Aufsicht sowie die Evaluation der Adoptionsvermittlungsdienste;
3. die Untersuchung eventueller Beschwerden der Adoptionskandidaten oder Adoptierenden, die im Rahmen ihres Adoptionsverfahrens auftreten können;
4. die Organisation der Adoptionsvorbereitung;
5. die Erstellung der Sozialuntersuchungen gemäß den Artikeln 1231-1/4, 1231-1/11 § 3, 1231-6 Absatz 1, 1231-10 Absatz 1 Nummer 3, 1231-35 und 1231-55 des Gerichtsgesetzbuchs sowie ihre Übermittlung an die auftraggebenden Behörden;
6. die Durchführung der Adoptionsvermittlung im Rahmen der in Artikel 47 erwähnten internationalen Adoptionen;
7. die Begleitung der Adoptionskandidaten während des gesamten Adoptionsverfahrens;
8. die Ausstellung der Erlaubnis des Kontakts zwischen den Adoptierenden und den Verwandten des Kindes oder jeglicher anderer Person, die das Sorgerecht über das Kind ausübt oder deren Zustimmung zur Adoption erforderlich ist, in Anwendung von Artikel 363-1 des Zivilgesetzbuchs;
9. die Information der leiblichen Eltern;
10. die Gewährleistung der Nachbetreuung des Adoptierten und der Adoptierenden;
11. die Aufbewahrung der Informationen in Bezug auf die Herkunft der Adoptierten sowie die Gewährleistung des Zugangs zu diesen Informationen;
12. die Zusammenarbeit mit allen internationalen, föderalen, gemeinschaftlichen, regionalen oder lokalen Behörden, die für die Ausführung ihrer Aufgaben erforderlich ist;
13. die Erstellung eines Qualitätshandbuchs;
14. die Ausübung der in den Artikeln 4, 5, 7, 8, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 30 und 33 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993, den Artikeln 361-3 bis 361-6, 362-1 bis 362-4, 363-2 bis 363-4 und 368-6 bis 368-8 des Zivilgesetzbuchs und den Artikeln 1231-1/11 bis 1231-1/14, 1231-34 und 1231-42 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnten Befugnisse.

Die Regierung kann weitere Aufgaben festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

**Art. 9 - Qualitätshandbuch der ZBGA**

Die ZBGA erstellt ein Qualitätshandbuch. Dieses umfasst unter Berücksichtigung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets mindestens folgende Angaben:

1. die Vorgehensweise der ZBGA während des gesamten Adoptionsverfahrens;
2. die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung;
3. das Leitbild der ZBGA.

Das Handbuch wird spätestens alle zwei Jahre den rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst.

**Art 10 - Jahresbericht der ZBGA**

Die Regierung übermittelt dem Parlament jährlich einen Bericht über die Umsetzung der im vorliegenden Dekret aufgeführten Aufgaben der ZBGA des vorherigen Jahres.

KAPITEL 3 — *Adoptionsvermittlungsdienste*

*Abschnitt 1 — Anerkennung*

**Art. 11 - Anerkennungsbedingungen**

Um eine qualitativ hochwertige Adoptionsvermittlung durch die Adoptionsvermittlungsdienste sicherzustellen, muss jeder Adoptionsvermittlungsdienst, der im deutschen Sprachgebiet tätig ist, vor Aufnahme der Tätigkeit von der Regierung anerkannt sein und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder eine juristische Person öffentlichen Rechts sein;
2. seine Niederlassung im deutschen Sprachgebiet haben;
3. die Adoptionsvermittlung, die Adoptionsbegleitung und die Nachbetreuung sowie andere Dienstleistungen im Bereich der Adoption anbieten;
4. das Wohl des Kindes und dessen nationale und internationale Grundrechte berücksichtigen;
5. über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
6. die von der Regierung festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur und die Arbeitsweise erfüllen;
7. die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse einhalten;
8. die Aufsicht der Regierung und der ZBGA in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse akzeptieren;
9. die Mitarbeiter des Adoptionsvermittlungsdienstes haben keinen Eintrag im Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches, der ihnen unter anderem die Tätigkeit im Bereich des Kinderschutzes untersagt, und übermitteln dem Adoptionsvermittlungsdienst den entsprechenden Auszug aus dem Strafregister.

**Art. 12 - Anerkennungsverfahren**

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Adoptionsvermittlungsdienste einen schriftlichen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 11 erwähnten Bedingungen erfüllt sind. Die Regierung kann weitere Inhalte des Antrags auf Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

Jeder Adoptionsvermittlungsdienst kann die Anerkennung für eine Inlandsadoption, für eine internationale Adoption oder für beide Formen der Adoption beantragen.

§ 2 - Die Anerkennung wird für eine Dauer von sechs Jahren erteilt und ist erneuerbar.

Die Anerkennung kann keinem anderen Adoptionsvermittlungsdienst übertragen werden.

§ 3 - Die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Anerkennung:

1. spätestens drei Monate, bevor die Anerkennung abgelaufen ist;

2. wenn festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern.

§ 4 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Anerkennung;

2. die Verfahren zur Abänderung der Anerkennung;

3. die Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung;

4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

**Art. 13 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung**

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste die im vorliegenden Dekret erwähnten Verpflichtungen ein, einschließlich der in Artikel 11 erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Adoptionsvermittlung beitragen können.

**Art. 14 - Aussetzung und Entzug der Anerkennung**

§ 1 - Hält der anerkannte Adoptionsvermittlungsdienst eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der anerkannte Adoptionsvermittlungsdienst nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie.

§ 2 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Aussetzung der Anerkennung;

2. die Verfahren zum Entzug der Anerkennung;

3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Aussetzung und/oder eines Entzugs der Anerkennung.

§ 3 - Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Adoptionsvermittlungsdienst die Adoptionsvermittlung nur zugunsten von Personen erbringen, die die Adoptionsvermittlung bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben. Der Adoptionsvermittlungsdienst ist verpflichtet, die Personen, die die Adoptionsvermittlung in Anspruch nehmen, über die Gründe der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens zu informieren.

Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren der in Absatz 1 erwähnten Information.

**Art. 15 - Beendigung der Adoptionsvermittlung**

Unbeschadet einer freiwilligen Einstellung der Adoptionsvermittlung durch die Adoptionskandidaten haben der Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 14 oder gegebenenfalls der Ablauf der befristeten Anerkennung eines Adoptionsvermittlungsdienstes die Beendigung aller Adoptionsvermittlungen des betroffenen Adoptionsvermittlungsdienstes zur Folge.

Die Regierung legt die Verfahren zur Beendigung der Adoptionsvermittlung fest.

## *Abschnitt 2 — Bezuschussung*

**Art. 16 - Bezuschussung**

Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen den anerkannten Adoptionsvermittlungsdiensten Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten zwecks Durchführung der in Artikel 11 Nummer 3 erwähnten Aufgaben gewähren.

**Art. 17 - Zuschusskontrolle**

Die Kontrolle der Verwendung der in Ausführung des vorliegenden Dekrets gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

## *Abschnitt 3 — Vertrag*

**Art. 18 - Inhalt**

Die in Artikel 16 erwähnte Bezuschussung und eine detailliertere Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen der Regierung und dem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst festgelegt.

Die Regierung legt den Rahmen sowie die weiteren Inhalte des Vertrags fest.

**Art. 19 - Dauer**

Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Insofern der Adoptionsvermittlungsdienst weiterhin anerkannt ist, ist der Vertrag nach Ablauf verlängerbar.

*Abschnitt 4 — Internationale Zusammenarbeit***Art. 20 - Genehmigungsverfahren**

§ 1 - Adoptionsvermittlungsdienste, die eine Zusammenarbeit im Ausland aufnehmen möchten, teilen der ZBGA ihre Absicht mit. Anschließend verfügen sie über eine Frist von sechs Monaten, um einen vollständigen Antrag per Einschreiben oder in elektronischer Form mit Empfangsbestätigung bei der Regierung einzureichen.

Die Regierung bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Antrag auf internationale Zusammenarbeit beinhaltet:

1. die in deutscher Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen im Bereich der Adoption des betroffenen Staats oder Teilstaats;
2. die Angaben der für die Adoption zuständigen ausländischen Behörden des betroffenen Staats oder Teilstaats sowie die Angaben aller Institutionen, Dienste, Vereinigungen oder Personen, die mit dem Adoptionsvermittlungsdienst zusammenarbeiten können, nachstehend "Partner" genannt;
3. einen ausgefüllten Fragebogen über den betroffenen Staat oder Teilstaat;
4. einen Bericht über den Besuch im betroffenen Staat oder Teilstaat.

Die Regierung legt das Muster des in Absatz 3 Nummer 3 erwähnten Fragebogens fest.

§ 2 - Die Regierung beauftragt die ZBGA mit der Überprüfung des Antrags auf internationale Zusammenarbeit. Die ZBGA überprüft, dass die in § 1 Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Partner und der betroffene Staat oder Teilstaat:

1. das anwendbare Recht sowie die Grundrechte, die dem Kind gemäß internationalem Recht anerkannt wurden, respektieren;
2. die Herkunft, die Adoptierbarkeit und das Wohl des Kindes gewährleisten;
3. das in Artikel 21 des Übereinkommens vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes und in Artikel 4 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 festgelegte Subsidiaritätsprinzip achten;
4. das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993, das Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern unterzeichnet haben oder ein Zusammenarbeitsabkommen, das den Grundsätzen des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 und Artikel 167 der Verfassung entspricht, unterzeichnet haben;
5. die finanzielle Transparenz des Verfahrens gewährleisten;
6. die Tätigkeit des Adoptionsvermittlungsdienstes in ihrem Staat oder Teilstaat genehmigen.

Die ZBGA tauscht alle relevanten Informationen über den in § 1 Absatz 1 genannten Antrag mit der föderalen Zentralbehörde und mit dem in Artikel 12 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. Dezember 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption erwähnten Konzertierungs- und Begleitausschuss aus. Betrifft dieser Antrag einen Staat oder Teilstaat, in dem Adoptionen ausgesprochen werden, und unterliegt diese Adoption anschließend einem Anerkennungsverfahren durch die föderale Zentralbehörde, ist eine vorherige Konzertierung mit der föderalen Zentralbehörde erforderlich.

§ 3 - Entspricht der Antrag den in § 2 Absatz 1 erwähnten Bedingungen, übermittelt die ZBGA der Regierung innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens der ZBGA über die Erteilung der Genehmigung auf internationale Zusammenarbeit. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

**Art. 21 - Aussetzung, Entzug und zusätzliche Bedingungen**

Bei Nichteinhaltung der in Artikel 20 § 2 Absatz 1 erwähnten Bedingungen oder wenn die Situation im Staat oder Teilstaat es rechtfertigt, teilt die Regierung dem betroffenen Adoptionsvermittlungsdienst per Einschreiben seine Absicht mit:

1. die gemäß Artikel 20 § 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung vorübergehend auszusetzen;
2. oder die Genehmigung zu entziehen;
3. oder zusätzliche Bedingungen für die Fortsetzung der genehmigten internationalen Zusammenarbeit zu stellen.

Der Adoptionsvermittlungsdienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der in Absatz 1 erwähnten Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung bei der Regierung einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand der Absichtserklärung statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Die Regierung beschließt innerhalb von 30 Tagen nach der in Absatz 2 erwähnten Anhörung:

1. über die Aussetzung der Genehmigung und die Dauer dieser Aussetzung;
2. oder über den Entzug der Genehmigung;
3. oder über die Einhaltung zusätzlicher Bedingungen für die Fortsetzung der genehmigten internationalen Zusammenarbeit.

Dieser Beschluss wird dem Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich zugestellt.

Nach Erhalt des in Absatz 3 erwähnten Beschlusses informiert der Adoptionsvermittlungsdienst unverzüglich die Adoptionskandidaten, die seine Dienstleistungen bereits vor Zustellung des Beschlusses in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe der Aussetzung oder des Entzugs der Genehmigung.

**Art. 22 - Bewertungsbericht**

Der Adoptionsvermittlungsdienst erstellt jährlich einen Bewertungsbericht über seine internationalen Zusammenarbeiten des vorherigen Jahres. Dieser Bericht wird der Regierung bis zum 1. Mai vorgelegt.

Der Adoptionsvermittlungsdienst unterrichtet die in Artikel 20 § 1 Absatz 3 Nummer 2 erwähnten Partner über die geltenden Rechtsbestimmungen.

KAPITEL 4 — *Freigabe eines Kindes zur Adoption**Abschnitt 1 — Intervention bei den leiblichen Eltern***Art. 23** - Information der leiblichen Eltern

§ 1 - In Anwendung von Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs informiert die ZBGA die leiblichen Eltern eines geborenen Kindes oder eines noch zu gebärenden Kindes über die juristischen und psychologischen Auswirkungen der Adoption sowie über Alternativen zur Adoption.

Bei Bedarf leitet die ZBGA sie an spezialisierte Einrichtungen weiter.

§ 2 - Sobald die leiblichen Eltern nicht mehr für das Wohl des Kindes Sorge tragen können und solange das in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Einverständnis der leiblichen Eltern zur Freigabe des Kindes zur Adoption nicht vorliegt, trifft die ZBGA im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen geeignete Maßnahmen zum Wohle des Kindes.

**Art. 24** - Freigabe des Kindes zur Adoption

§ 1 - Bestätigen die leiblichen Eltern ihre Absicht, das Kind zur Adoption freizugeben, beauftragen sie hierzu schriftlich die ZBGA.

§ 2 - Die ZBGA holt bei den leiblichen Eltern die in Artikel 368-6 Absatz 1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Informationen ein, mit dem Ziel, dem Adoptierten zu einem späteren Zeitpunkt die Nachforschung über seine Herkunft zu ermöglichen. Diese Informationen werden in dem in Artikel 25 erwähnten Bericht über das zu adoptierende Kind wiedergegeben.

§ 3 - Die ZBGA unterstützt die leiblichen Eltern bei den Rechts- und Verwaltungsschritten im Zusammenhang mit der Adoption des Kindes und gewährleistet eine psychologische Unterstützung während des gesamten Adoptionsverfahrens.

Die ZBGA stellt sicher, dass die leiblichen Eltern, wenn sie der Adoption zustimmen, angemessen über die rechtlichen und psychologischen Auswirkungen der Adoption informiert worden sind.

Die ZBGA steht den leiblichen Eltern gemäß Artikel 55 Absatz 1 Nummer 1 auch nach der Adoptionsverkündung für jede Unterstützung und Beratung weiterhin zur Verfügung.

§ 4 - Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in §§ 2 und 3 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

**Art. 25** - Bericht über das zu adoptierende Kind

§ 1 - Die ZBGA, die gemäß Artikel 24 von den leiblichen Eltern beauftragt wurde, erstellt einen Bericht über das zu adoptierende Kind.

Dieser Bericht enthält Angaben über:

1. die Identität des Kindes;
2. die Adoptierbarkeit des Kindes;
3. das soziale Umfeld des Kindes;
4. die persönliche Entwicklung des Kindes und seiner Familie;
5. die Krankheitsgeschichte des Kindes und seiner Familie;
6. die besonderen Bedürfnisse des Kindes.

Die Regierung legt das Muster des Berichts fest.

Auf Grundlage dieses Berichts ermittelt die ZBGA für jedes Kind die Adoptionskandidaten, die den Eigenschaften und Bedürfnissen dieses Kindes am besten entsprechen.

§ 2 - Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in § 1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

*Abschnitt 2 — Intervention bei dem zu adoptierenden Kind***Art. 26** - Begleitung des zu adoptierenden Kindes

Das Kind wird durch die ZBGA begleitet und auf die Adoption vorbereitet. Die ZBGA führt mindestens einen Hausbesuch innerhalb der ersten drei Monate nach der Ankunft des Kindes bei den Adoptierenden durch. Anschließend organisiert die ZBGA bis zur Verkündung der Adoption halbjährliche Treffen mit den Adoptierenden.

Die ZBGA steht dem Adoptierten gemäß Artikel 55 Absatz 1 für jede Unterstützung und Beratung weiterhin zur Verfügung.

Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

KAPITEL 5 — *Etappen des Adoptionsverfahrens**Abschnitt 1 — Einschreibung und Vorbereitung***Art. 27** - Informationsgespräch

§ 1 - Jedes Adoptionsverfahren beginnt mit einem persönlichen Informationsgespräch in der ZBGA. Im Rahmen dieses Gespräches erhalten die Adoptionskandidaten allgemeine Informationen zur Adoption und zum Adoptionsverfahren.

§ 2 - Den in Artikel 47 erwähnten Adoptionskandidaten übermittelt die ZBGA einen Fragebogen.

Der Fragebogen enthält folgende Angaben über:

1. die Adoptionskandidaten:
  - a. Identität;
  - b. Familiensituation;
  - c. Familiengeschichte;
  - d. Eignungsurteil;
  - e. Kontaktangaben;
2. das zu adoptierende Kind:
  - a. Identität;
  - b. Familiensituation;

- c. Familiengeschichte;
- d. leibliche Eltern;
- e. Kontaktangaben;
- 3. die leiblichen Eltern des zu adoptierenden Kindes:
  - a. Identität;
  - b. Familiensituation;
  - c. Familiengeschichte;
  - d. Kontaktangaben;
- 4. den Kontakt der Adoptionskandidaten mit dem zu adoptierenden Kind.

Die Regierung legt das Muster des Fragebogens fest.

#### **Art. 28 - Einschreibeformular**

Im Rahmen des in Artikel 27 § 1 erwähnten Informationsgesprächs händigt die ZBGA den Adoptionskandidaten ein Einschreibeformular zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung aus.

Das Einschreibeformular enthält:

- 1. Angaben über die Identität der Adoptionskandidaten;
- 2. die Kontaktangaben der Adoptionskandidaten;
- 3. Angaben über die Familiensituation der Adoptionskandidaten;
- 4. Angaben über das Adoptionsprojekt.

Die Regierung legt das Muster des Einschreibeformulars fest.

Nach Erhalt des ausgefüllten Einschreibeformulars übermittelt die ZBGA den Adoptionskandidaten eine Bestätigung ihrer Einschreibung und teilt ihnen den Beginn der Adoptionsvorbereitung mit.

#### **Art. 29 - Bedingungen**

Um sich für die Adoptionsvorbereitung einschreiben zu können, erfüllen die Adoptionskandidaten die in Artikel 343 § 1 und 345 des Zivilgesetzbuchs festgelegten Bedingungen bezüglich des Zivilstands und des Alters. Die ZBGA überprüft diese Bedingungen und öffnet bei jeder Einschreibung eine individuelle Akte.

Die Regierung legt die Liste der Dokumente fest, die für die Einschreibung zur Teilnahme an der Adoptionsvorbereitung vorzulegen sind.

#### **Art. 30 - Ausnahmen**

Die ZBGA verweigert die Einschreibung zur Adoptionsvorbereitung dem Adoptionskandidaten:

- 1. der im Rahmen des in Artikel 365-6 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Regularisierungsverfahrens die Zustimmung der föderalen Zentralbehörde nicht erhalten hat, das in Artikel 361-1 des Zivilgesetzbuchs vorgesehene Adoptionsverfahren einzuleiten;
- 2. dem ein Kind in einem Herkunftsstaat, der weder die Adoption noch die Unterbringung in Hinblick auf eine Adoption kennt, anvertraut wurde, ohne die Bestimmungen von Artikel 361-5 des Zivilgesetzbuchs eingehalten zu haben.

Wenn die in Absatz 1 erwähnten Adoptionskandidaten sich für eine Adoptionsvorbereitung eines nicht bekannten Kindes einschreiben möchten, vermerkt die ZBGA auf der in Artikel 34 erwähnten Teilnahmebescheinigung, dass diese nicht für die Adoption des in Absatz 1 erwähnten Kindes genutzt werden kann.

Wenn ein Adoptionskandidat sich für die Adoptionsvorbereitung einschreibt, obwohl er in den Anwendungsbereich der Artikel 363-1 bis 363-3 des Zivilgesetzbuchs fällt, vermerkt die ZBGA dies auf der in Artikel 34 erwähnten Teilnahmebescheinigung und informiert das zuständige Familiengericht.

#### **Art. 31 - Adoptionsvorbereitung**

Die Adoptionsvorbereitung wird durch die ZBGA organisiert.

Die Adoptionsvorbereitung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt fest, unter welchen Bedingungen eine externe Adoptionsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Adoptionsvorbereitung der ZBGA ganz oder teilweise gleichgestellt werden kann.

#### **Art. 32 - Ziel der Adoptionsvorbereitung**

Die Adoptionsvorbereitung zielt darauf ab, die Adoptionskandidaten über die rechtlichen, kontextuellen, kulturellen, ethischen und menschlichen Aspekte der Adoption zu informieren und sie zu den psychologischen, familiären und relationalen Herausforderungen des Adoptionsverhältnisses zu sensibilisieren.

#### **Art. 33 - Adoptionsvorbereitungsprogramme**

§ 1 - Die Regierung legt die Modalitäten und die Dauer der in Artikel 31 erwähnten Adoptionsvorbereitung, die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

§ 2 - Für eine intrafamiliäre Adoption, für die Adoption eines zweiten Kindes, für die Adoption eines Kindes mit einer Beeinträchtigung oder für Personen, die bereits an einer Adoptionsvorbereitung oder einer anderen Form der Vorbereitung teilgenommen haben, kann die Regierung spezifische Adoptionsvorbereitungsprogramme vorsehen.

Adoptionskandidaten, die verheiratet oder gesetzlich zusammenlebend sind, müssen gemeinsam an den in Absatz 1 erwähnten Vorbereitungsprogrammen teilnehmen.

**Art. 34 - Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung**

Nachdem die Adoptionskandidaten die Adoptionsvorbereitung absolviert haben, stellt die ZBGA ihnen eine Teilnahmebescheinigung aus. Diese bestätigt, dass die Adoptionsvorbereitung gemäß den Artikeln 346-2 Absatz 1 und 361-1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs durchgeführt worden ist.

Die Teilnahmebescheinigung zum Abschluss der Adoptionsvorbereitung ist für die Dauer von 18 Monaten gültig und enthält:

1. Namen und Vornamen der Adoptionskandidaten;
2. Geburtsort und Geburtsdatum der Adoptionskandidaten;
3. Staatsangehörigkeit der Adoptionskandidaten;
4. Zivilstand der Adoptionskandidaten.

*Abschnitt 2 — Sozialuntersuchungen***Art. 35 - Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten**

Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung der Artikel 1231-1/4, 1231-1/11 § 3 und 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über die Eignung der Adoptionskandidaten durch.

In Anwendung der Artikel 1231-1/4, 1231-1/11 § 3 und 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs wird ein durch die ZBGA bestellter Psychologe konsultiert.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung, die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

**Art. 36 - Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden**

§ 1 - Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-6 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung über das Interesse des Kindes, adoptiert zu werden, durch.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

§ 2 - Die Regierung bezeichnet die Dienste, die in Anwendung von Artikel 1231-6

Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuchs um eine Stellungnahme gebeten werden können.

Die Regierung legt die Modalitäten der Finanzierung dieser Stellungnahme fest.

§ 3 - Ordnet das Familiengericht die in § 1 erwähnte Sozialuntersuchung an, gewährleistet die ZBGA die Übermittlung der in Artikel 348-4 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Informationen an die leiblichen Eltern.

**Art. 37 - Sozialuntersuchung über die Beurteilung der Fähigkeit des Kindes**

Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-10 Absatz 1 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete gründliche Untersuchung über die Beurteilung der Fähigkeit des Kindes, seine Meinung zum Adoptionsvorhaben zu äußern, durch.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

**Art. 38 - Sozialuntersuchung im Rahmen eines Berufungsverfahrens**

Die ZBGA führt die durch die Familienkammer des Appellationshofes in Anwendung von Artikel 1231-55 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung durch.

Zur Durchführung der Sozialuntersuchung kann die ZBGA bei Bedarf auf Honorarkräfte zurückgreifen.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

**Art. 39 - Sozialuntersuchung über die Verweigerung der Zustimmung zur Adoption**

Das zuständige Justizhaus führt die in Artikel 348-11 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnte Sozialuntersuchung durch.

**Art. 40 - Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes bei einer internationalen Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien**

§ 1 - Die ZBGA führt die durch das Familiengericht in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs angeordnete Sozialuntersuchung durch.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Durchführung der Sozialuntersuchung fest.

§ 2 - Die Regierung bezeichnet die Dienste, die in Anwendung von Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuchs um eine Stellungnahme gebeten werden können.

Die Regierung legt die Modalitäten der Finanzierung dieser Stellungnahme fest.

*Abschnitt 3 — Adoptionsvermittlung über einen Adoptionsvermittlungsdienst**Unterabschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen***Art. 41 - Ziel der Adoptionsvermittlung**

Die Adoptionsvermittlung zielt darauf ab, die Adoptionskandidaten zu ermitteln, die den Eigenschaften und Bedürfnissen der zu adoptierenden Kinder am besten entsprechen.

Adoptionskandidaten müssen für die Adoptionsvermittlung zwingend von einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst begleitet werden, mit Ausnahme der in Artikel 47 des vorliegenden Dekrets und der in Artikel 346-1/1 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Situationen.

**Art. 42 - Konvention**

Wenn ein Adoptionsvermittlungsdienst die Adoptionsvermittlung übernimmt, schließt er mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der mindestens die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit sowie die Kostenbeteiligung festgelegt werden.

Die Regierung legt das Muster der Konvention fest.

Adoptionskandidaten, die bereits eine Konvention unterzeichnet haben, dürfen nur mit einer begründeten schriftlichen Genehmigung der ZBGA eine weitere Adoptionsvermittlung einleiten.

**Art. 43 - Übermittlung des Kindervorschlags**

Bevor der Adoptionsvermittlungsdienst den Adoptionskandidaten einen Kindervorschlag übermittelt, muss die ZBGA diesem zustimmen. Hierzu überprüft die ZBGA die korrekte Anwendung der rechtlichen Bestimmungen sowie die juristische und psychologische Adoptierbarkeit des Kindes auf Grundlage der in Artikel 25 des vorliegenden Dekrets sowie in Artikel 361-3 Nummer 2 Buchstabe *a*) oder Artikel 361-5 Nummer 1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Berichte über das Kind.

## Unterabschnitt 2 — Extrafamiliäre Inlandsadoption

**Art. 44 - Verfahren**

§ 1 - Die Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen, wenden sich für die Adoptionsvermittlung eines Kindes im Rahmen einer extrafamiliären Inlandsadoption an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst.

Der Adoptionsvermittlungsdienst organisiert ein kostenloses Informationsgespräch, bei dem er den Adoptionskandidaten unter anderem seine Aufgaben, seine allgemeine Funktionsweise, seine Arbeitsmethoden, seine Philosophie, die von ihnen erwartete Offenheit in Hinblick auf das Profil der Kinder, die adoptiert werden könnten, und seine Kooperationen in Belgien vorstellt.

Im Rahmen dieses Gesprächs erhalten die Adoptionskandidaten einen Entwurf der in Artikel 42 erwähnten Konvention.

§ 2 - Beantragen die Adoptionskandidaten schriftlich die Fortsetzung ihres Adoptionsprojekts beim Adoptionsvermittlungsdienst, prüft dieser:

1. ob die rechtlichen Bestimmungen erfüllt sind;
2. die Anzahl der auf der Warteliste verfügbaren Plätze in Hinblick auf die Anzahl der Kinder, die adoptiert werden könnten;
3. das Eignungsurteil des Familiengerichts und die in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte Stellungnahme der Staatsanwaltschaft.

Der Adoptionsvermittlungsdienst teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des in Absatz 1 erwähnten Antrags in einer schriftlich begründeten Entscheidung mit, ob der Antrag zulässig ist oder nicht. Eine Abschrift dieser Entscheidung wird der ZBGA übermittelt.

Adoptionskandidaten können im Falle einer Unzulässigkeit ihres Antrags einen Einspruch bei der ZBGA einlegen. Diese prüft die Akte und bestätigt die Entscheidung des Adoptionsvermittlungsdienstes oder fordert diesen auf, den Antrag für zulässig zu erklären.

§ 3 - Wenn der Antrag zulässig ist, führt der Adoptionsvermittlungsdienst innerhalb von vier Monaten nach der in § 2 Absatz 2 erwähnten Entscheidung eine psycho-medizinisch-soziale Untersuchung durch, die ein Gespräch mit den Adoptionskandidaten an ihrem Wohnort, zwei psychologische Gespräche und eine medizinische Untersuchung umfasst.

Diese psycho-medizinisch-soziale Untersuchung bezieht sich auf:

1. den Gesundheitszustand der Adoptionskandidaten;
2. die psychosozialen Fähigkeiten der Adoptionskandidaten;
3. die erwartete Offenheit der Adoptionskandidaten in Hinblick auf das Profil der Kinder, die adoptiert werden könnten;
4. die rechtlichen, psychologischen, familiären und relationalen Auswirkungen des Adoptionsprojekts auf das Lebensprojekt der Adoptionskandidaten und des zu adoptierenden Kindes.

§ 4 - Der Adoptionsvermittlungsdienst teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach der psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung in einer schriftlich begründeten Entscheidung mit, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht. Eine Abschrift dieser Entscheidung wird der ZBGA übermittelt.

Wenn der Adoptionsvermittlungsdienst die Fortsetzung des Adoptionsprojekts genehmigt, führt er die Adoptionsvermittlung weiter und schließt mit den Adoptionskandidaten die in Artikel 42 erwähnte Konvention ab.

Wenn der Adoptionsvermittlungsdienst die Fortsetzung des Adoptionsprojekts verweigert, bietet er den Adoptionskandidaten ein Gespräch an, in dem er die Gründe seiner Entscheidung erläutert.

Die Regierung legt die maximale Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsvermittlung und der in § 3 erwähnten psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

§ 5 - Im Rahmen des weiteren Verfahrens steht der Adoptionsvermittlungsdienst den Adoptionskandidaten weiterhin zur Verfügung und unterstützt sie während der Wartezeit.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. jedes Jahr mindestens ein psycho-medizinisch-soziales Bewertungsgespräch organisieren;
2. sobald den Adoptionskandidaten ein bestimmtes Kind vorgeschlagen werden kann und nachdem die ZBGA diesem Kindervorschlag zugestimmt hat, mit den Adoptionskandidaten ein Gespräch führen, bei dem die Elemente des in Artikel 25 erwähnten Berichts über das Kind vorgestellt werden;
3. die Adoptionskandidaten, nach ihrer schriftlichen Zustimmung zum Kindervorschlag, auf die Aufnahme des Kindes vorbereiten und sicherstellen, dass alle rechtlichen und administrativen Maßnahmen für den Aufenthalt des Kindes bei den Adoptionskandidaten erfüllt sind;
4. die Adoptionskandidaten beim Verfahren vor dem Familiengericht beraten und unterstützen;
5. dem Familiengericht den in Artikel 25 erwähnten Bericht über das Kind sowie einen Bericht des in Artikel 56 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Hausbesuchs übermitteln.



## Unterabschnitt 3 — Extradfamiliäre internationale Adoption

**Art. 45 - Verfahren**

§ 1 - Die Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen, wenden sich für die Adoptionsvermittlung eines Kindes im Rahmen einer extradfamiliären internationalen Adoption an einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst.

Der Adoptionsvermittlungsdienst organisiert ein kostenloses Informationsgespräch, bei dem er den Adoptionskandidaten unter anderem seine Aufgaben, seine allgemeine Funktionsweise, seine Arbeitsmethoden, seine Philosophie, die von ihnen erwartete Offenheit in Hinblick auf das Profil der Kinder, die adoptiert werden könnten, und seine Kooperationen im Ausland vorstellt.

Im Rahmen dieses Gesprächs erhalten die Adoptionskandidaten:

1. Unterlagen über die Adoption in den Staaten oder Teilstaaten, mit denen der Adoptionsvermittlungsdienst zusammenarbeitet;

2. einen Entwurf der in Artikel 42 erwähnten Konvention.

§ 2 - Beantragen die Adoptionskandidaten schriftlich die Fortsetzung ihres Adoptionsprojekts in einem oder mehreren bestimmten Staaten oder Teilstaaten beim Adoptionsvermittlungsdienst, prüft dieser:

1. ob die rechtlichen Bestimmungen erfüllt sind;

2. die Adoptionsbedingungen der Staaten oder Teilstaaten, mit denen er zusammenarbeitet;

3. das Eignungsurteil des Familiengerichts und die in Artikel 1231-1/5 des Gerichtsgesetzbuchs erwähnte Stellungnahme der Staatsanwaltschaft;

4. die Anzahl der auf der Warteliste verfügbaren Plätze in Hinblick auf die Bedürfnisse der Herkunftsstaaten.

Der Adoptionsvermittlungsdienst teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des in Absatz 1 erwähnten Antrags in einer schriftlich begründeten Entscheidung mit, ob der Antrag zulässig ist oder nicht. Eine Abschrift dieser Entscheidung wird der ZBGA übermittelt.

Adoptionskandidaten können im Falle einer Unzulässigkeit ihres Antrags einen Einspruch bei der ZBGA einlegen. Diese prüft die Akte und bestätigt die Entscheidung des Adoptionsvermittlungsdienstes oder fordert diesen auf, den Antrag für zulässig zu erklären.

§ 3 - Wenn der Antrag zulässig ist, führt der Adoptionsvermittlungsdienst innerhalb von vier Monaten nach der in § 2 Absatz 2 erwähnten Entscheidung eine psycho-medizinisch-soziale Untersuchung durch, die ein Gespräch mit den Adoptionskandidaten an ihrem Wohnort, zwei psychologische Gespräche und eine medizinische Untersuchung umfasst.

Diese psycho-medizinisch-soziale Untersuchung bezieht sich auf:

1. den Gesundheitszustand der Adoptionskandidaten;

2. die psychosozialen Fähigkeiten der Adoptionskandidaten;

3. die erwartete Offenheit der Adoptionskandidaten in Hinblick auf das Profil der Kinder, die adoptiert werden könnten;

4. die rechtlichen, psychologischen, familiären und relationalen Auswirkungen des Adoptionsprojekts auf das Lebensprojekt der Adoptionskandidaten und des zu adoptierenden Kindes.

§ 4 - Der Adoptionsvermittlungsdienst teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach der psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung in einer schriftlich begründeten Entscheidung mit, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht. Eine Abschrift dieser Entscheidung wird der ZBGA übermittelt.

Wenn der Adoptionsvermittlungsdienst die Fortsetzung des Adoptionsprojekts genehmigt, führt er die Adoptionsvermittlung weiter und schließt mit den Adoptionskandidaten die in Artikel 42 erwähnte Konvention ab.

Wenn der Adoptionsvermittlungsdienst die Fortsetzung des Adoptionsprojekts verweigert, bietet er den Adoptionskandidaten ein Gespräch an, in dem er die Gründe seiner Entscheidung erläutert.

Die Regierung legt die maximale Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsvermittlung und der in § 3 erwähnten psycho-medizinisch-sozialen Untersuchung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

§ 5 - Im Rahmen des weiteren Verfahrens steht der Adoptionsvermittlungsdienst den Adoptionskandidaten weiterhin zur Verfügung und unterstützt sie während der Wartezeit.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. die Adoptionskandidaten bei der Vorbereitung der Adoptionsakte unterstützen und beraten;

2. den zuständigen ausländischen Behörden in Anwendung von Artikel 361-3 des Zivilgesetzbuchs die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen und den in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über die Adoptionskandidaten übermitteln;

3. jedes Jahr mindestens ein psycho-medizinisch-soziales Bewertungsgespräch organisieren;

4. von der zuständigen ausländischen Behörde oder über die ZBGA die in den Artikeln 361-3 Nummer 2 oder 361-5 Nummern 1 und 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen oder gegebenenfalls gleichwertige Dokumente oder die Befreiung der Vorlegung dieser gemäß Artikel 361-4 des Zivilgesetzbuchs empfangen;

5. sobald den Adoptionskandidaten ein bestimmtes Kind vorgeschlagen werden kann und nachdem die ZBGA diesem Kindervorschlag zugestimmt hat, mit den Adoptionskandidaten ein Gespräch führen, bei dem die Elemente des in Artikel 361-3 Nummer 2 oder 361-5 Nummer 1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Berichts vorgestellt werden;

6. der zuständigen ausländischen Behörde das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind in Hinblick auf seine Adoption zu sorgen, sowie die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, den Adoptionskandidaten das vorgeschlagene Kind anzuvertrauen, übermitteln;

7. die Adoptionskandidaten auf die Aufnahme des Kindes und auf ihre Reise in den Herkunftsstaat des Kindes vorbereiten;

8. die Adoptionskandidaten bei ihrer Reise und beim weiteren Adoptionsverfahren im Herkunftsstaat des Kindes sowie bei der Anerkennung der Adoption unterstützen;

9. sicherstellen, dass alle rechtlichen und administrativen Maßnahmen für den Aufenthalt des Kindes bei den Adoptionskandidaten erfüllt sind.

Der Adoptionsvermittlungsdienst informiert die ZBGA über die Durchführung der in Absatz 2 Nummern 2 und 6 erwähnten Aufgaben.

Der Adoptionsvermittlungsdienst kann gemäß Artikel 50 Absatz 1 durch die ZBGA mit der Weiterführung einer Adoptionsvermittlung und der Durchführung einer oder mehrerer der in §§ 3 und 5 erwähnten Aufgaben beauftragt werden.

**Art. 46 - Übersetzungen**

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten getragen.

*Abschnitt 4 — Adoptionsvermittlung über die ZBGA*

**Art. 47 - Vermittlungsbedingungen**

Die ZBGA kann die Adoptionsvermittlung übernehmen für Adoptionskandidaten, die über ein Eignungsurteil gemäß Artikel 1231-1/7 des Gerichtsgesetzbuchs verfügen und:

1. ein Kind aus einem Staat oder Teilstaat adoptieren möchten, für den kein anerkannter Adoptionsvermittlungsdienst die Erlaubnis hat, zusammenzuarbeiten;
2. ein Kind im Rahmen einer internationalen intrafamiliären Adoption adoptieren möchten. Die internationale intrafamiliäre Adoption bezeichnet die in Artikel 360-2 des Zivilgesetzbuchs genannte Adoption, die ein verwandtes Kind oder ein Kind betrifft, das das tägliche Leben des zukünftigen Adoptierenden teilt oder geteilt hat, sofern diese Adoption nicht unter die Artikel 363-2 und 363-3 des Zivilgesetzbuchs fällt.

Die ZBGA kann die in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Adoptionsvermittlung verweigern, wenn es sich bei dem Herkunftsstaat um einen Staat handelt, in dem ein hohes Sicherheitsrisiko besteht.

**Art. 48 - Vermittlungsgespräch**

Die in Artikel 47 erwähnten Adoptionskandidaten wenden sich für ein Vermittlungsgespräch an die ZBGA. Während dieses Gesprächs übermitteln die Adoptionskandidaten der ZBGA den in Artikel 27 § 2 erwähnten ausgefüllten Fragebogen, die in deutscher Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen des Herkunftsstaats im Bereich Adoption sowie jedes andere Dokument, das Auskunft über das Adoptionsprojekt geben kann.

**Art. 49 - Prüfung des Adoptionsprojekts**

§ 1 - Nach Erhalt der in Artikel 48 erwähnten Dokumente beantragt die ZBGA bei Bedarf die Unterstützung jeder zuständigen belgischen oder ausländischen Behörde oder Organisation, um zu überprüfen, ob:

1. die zuständigen ausländischen Behörden das anwendbare Recht sowie die Grundrechte, die dem Kind gemäß internationalem Recht anerkannt wurden, respektieren;
2. die Herkunft, die Adoptierbarkeit und das Wohl des Kindes gewährleistet sind. Hierfür beantragt die ZBGA die in Artikel 361-3 Nummer 2 oder 361-5 Nummern 1 und 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen oder gegebenenfalls gleichwertige Dokumente oder die Befreiung der Vorlegung dieser gemäß Artikel 361-4 des Zivilgesetzbuchs;
3. das in Artikel 21 des Übereinkommens vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes und in Artikel 4 des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 festgelegte Subsidiaritätsprinzip geachtet wird;
4. der Herkunftsstaat des Kindes das Haager Übereinkommen vom 29. Mai 1993 oder das Übereinkommen vom 19. Oktober 1996 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern unterzeichnet hat;
5. das Adoptionsprojekt keine unstatthafter Vermögensvorteile für Personen, die für das Kind verantwortlich sind, oder für jede andere Person herbeiführt gemäß Artikel 21 Buchstabe *d*) des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989;
6. die ausländische Gesetzgebung über Adoptionen mit den Bestimmungen des belgischen Rechts vereinbar ist.

§ 2 - Die ZBGA teilt den Adoptionskandidaten innerhalb einer Frist von vier Monaten nach Erhalt der in § 1 erwähnten Dokumente und der durch die Regierung festgelegten Kostenbeteiligung die Entscheidung mit, ob das Adoptionsprojekt fortgesetzt werden kann oder nicht.

Hat die ZBGA nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist von vier Monaten keine ausreichenden Informationen von den in § 1 genannten Behörden erhalten, wird das Adoptionsprojekt bis zum Erhalt dieser Informationen ausgesetzt. Innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt dieser Informationen teilt sie den Adoptionskandidaten ihre endgültige Entscheidung mit.

**Art. 50 - Konvention**

Wenn die ZBGA die Fortsetzung des Adoptionsprojektes genehmigt, führt sie die Adoptionsvermittlung weiter oder beauftragt einen anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst mit der Weiterführung der Adoptionsvermittlung.

Wenn die ZBGA die Adoptionsvermittlung weiterführt, schließt sie mit den Adoptionskandidaten eine Konvention ab, in der mindestens die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit sowie die Kostenbeteiligung festgelegt werden.

Die Regierung legt das Muster der Konvention fest.

**Art. 51 - Übermittlung von Dokumenten**

In Anwendung von Artikel 361-3 des Zivilgesetzbuchs gewährleistet die ZBGA die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden:

1. die in Artikel 361-2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Unterlagen;
2. den in Artikel 361-2/1 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über die Adoptionskandidaten;
3. das schriftliche Einverständnis der Adoptionskandidaten, für das Kind in Hinblick auf seine Adoption zu sorgen;
4. die schriftlich gebilligte Entscheidung der ZBGA, den Adoptionskandidaten das vorgeschlagene Kind anzuvertrauen.

**Art. 52 - Übersetzungen**

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten durch die Adoptionskandidaten getragen.

*Abschnitt 5 — Regularisierung von Adoptionen***Art. 53 - Verfahren**

Die in Artikel 365-6 § 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Adoptionskandidaten, für die die föderale Zentralbehörde bei der ZBGA eine begründete Stellungnahme einholt, füllen den in Artikel 27 § 2 genannten Fragebogen aus und entrichten der ZBGA die von der Regierung festgelegte Kostenbeteiligung. Nach Erhalt der Kostenbeteiligung erstellt die ZBGA die in Artikel 365-6 § 2 Absatz 2 des Zivilgesetzbuchs erwähnte begründete Stellungnahme.

*Abschnitt 6 — Internationale Adoption von Kindern mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien***Art. 54 - Verfahren**

§ 1 - Die ZBGA erhält gemäß Artikel 362-1 des Zivilgesetzbuchs von der föderalen Zentralbehörde einen Bericht über eine oder mehrere im Ausland wohnhafte Personen, die ein Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt in Belgien adoptieren wollen.

Kommt ein Kind für eine Adoption in Betracht, übermittelt die ZBGA der föderalen Zentralbehörde gemäß Artikel 1231-34 des Gerichtsgesetzbuchs die Angaben über das Kind.

§ 2 - Im Auftrag des Familiengerichts führt die ZBGA die in Artikel 40 erwähnte Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit des Kindes durch.

§ 3 - Erhält die ZBGA von der föderalen Zentralbehörde das Urteil über die Adoptierbarkeit des Kindes, gewährleistet sie die Übermittlung folgender Dokumente an die zuständigen ausländischen Behörden:

1. die begründete Entscheidung, das Adoptionsverfahren fortzusetzen;
2. das Urteil über die Adoptierbarkeit;
3. den in Artikel 362-3 Nummer 4 des Zivilgesetzbuchs erwähnten Bericht über das Kind.

*Abschnitt 7 — Adoptionsbegleitung und Nachbetreuung***Art. 55 - Adoptionsbegleitung**

Die ZBGA:

1. bietet auf Anfrage den Adoptierenden, den Adoptierten und den leiblichen Eltern Begleitung und Unterstützung an;
2. bietet den Adoptierenden und den Adoptierten regelmäßig Veranstaltungen rund um das Thema Adoption an;
3. steht den Adoptierten bei Fragen zu ihrer Identität oder ihrer Herkunft zur Verfügung.

Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Die Durchführung der Adoptionsbegleitung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Adoptionsbegleitung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

**Art. 56 - Nachbetreuung**

Die ZBGA gewährleistet die Nachbetreuung des Kindes und der Adoptierenden. Diese umfasst mindestens:

1. einen Erstkontakt innerhalb von 15 Tagen nach der Ankunft des Kindes in der Familie;
2. einen ersten Hausbesuch bei den Adoptierenden innerhalb von drei Monaten nach der Ankunft des Kindes in der Familie;
3. einen zweiten Hausbesuch im Ankunftsyear des Kindes, ein jährliches Treffen bis zum endgültigen Abschluss der Adoption und ein Treffen im Abschlussjahr der Adoption;
4. die Nachbetreuung, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates gefordert wird.

Die ZBGA kann einem anerkannten Adoptionsvermittlungsdienst die in Absatz 1 erwähnten Aufgaben ganz oder teilweise übertragen.

Die Durchführung der Nachbetreuung kann unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen vollständig oder teilweise an Dritte übertragen werden.

Die Regierung legt die Höhe der Kostenbeteiligung der Adoptionskandidaten an der Nachbetreuung sowie die Überweisungsmodalitäten dieser Kostenbeteiligung fest.

*KAPITEL 6 — Zusammenarbeit, Vertraulichkeit und Datenschutz***Art. 57 - Zusammenarbeit**

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen sind die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Die ZBGA und die Adoptionsvermittlungsdienste, die mit der Adoption eines Kindes beauftragt sind, unterrichten sich gegenseitig über die bereits unternommenen Maßnahmen im Rahmen der ihnen durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungserlasse auferlegten Aufgaben.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

**Art. 58 - Vertraulichkeit**

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die ZBGA, die Adoptionsvermittlungsdienste sowie jede natürliche oder juristische Person, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt ist, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

**Art. 59 - Verarbeitung personenbezogener Daten**

§ 1 - Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung.

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Adoptionsvermittlungsdienste verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich in Hinblick auf die Ausführung der Aufträge, die in vorliegendem Dekret und seinen Ausführungsbestimmungen vorgesehen sind.

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Adoptionsvermittlungsdienste weisen in diesem Zusammenhang ihre Mitarbeiter und externe Berater auf ihre Pflichten zur Informationssicherheit und zum Datenschutz hin.

§ 2 - Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, ist im Rahmen der Ausführung der Artikel 24 §§ 2 und 3, 25 § 1, 27 § 2, 28 Absatz 2, 34 Absatz 2, 35 Absatz 1, 36 § 1 Absatz 1, 37 Absatz 1, 38 Absatz 1 und 40 § 1 Absatz 1 für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Die Adoptionsvermittlungsdienste sind bei der Ausführung der Artikel 44 und 45 für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, und die Adoptionsvermittlungsdienste sind im Rahmen der Ausführung der Artikel 24 § 4, 25 § 2 und 50 Absatz 1 für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne von Artikel 26 Nummer 1 der Datenschutz-Grundverordnung gemeinsam verantwortlich und legen ihre Verpflichtungen gemäß Artikel 26 Nummern 1 und 2 der Datenschutz-Grundverordnung in einer Vereinbarung fest.

§ 3 - Im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Datenschutz-Grundverordnung verarbeiten folgende natürliche oder juristische Personen personenbezogene Daten im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist:

1. die in Artikel 23 § 1 Absatz 2 erwähnten spezialisierten Einrichtungen;
2. die in Artikel 31 Absatz 2, 55 Absatz 3 und 56 Absatz 3 erwähnten Dritten;
3. die in Artikel 35 Absatz 2 erwähnten Psychologen;
4. die in Artikel 35 Absatz 3, 36 § 1 Absatz 2, 37 Absatz 2 und 38 Absatz 2 erwähnten Honorarkräfte;
5. die in Artikel 36 § 2 Absatz 1 und 40 § 2 Absatz 1 erwähnten Dienste.

Die in Absatz 1 erwähnten natürlichen oder juristischen Personen verarbeiten personenbezogene Daten im Rahmen dieses Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen ausschließlich im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist.

#### **Art. 60 - Datenkategorien**

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, und die Adoptionsvermittlungsdienste können im Rahmen ihrer in Artikel 59 § 2 erwähnten Verantwortlichkeit alle angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien in Bezug auf die Adoptionskandidaten, die Adoptivfamilien, die Adoptierten und die leiblichen Eltern verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zu den Sprachkenntnissen;
4. Daten zur Familiensituation;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation;
6. Daten zur Freizeitbeschäftigung;
7. Daten zu den Fähigkeiten und Interessen;
8. medizinische und psychologische Daten;
9. besonders schützenswerte Daten, angeführt in Artikel 9 der Datenschutz-Grundverordnung;
10. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung;
11. Daten zur philosophischen Auffassung oder zur Religionszugehörigkeit.

Im Auftrag des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, können die in Artikel 59 § 3 Absatz 1 erwähnten natürlichen oder juristischen Personen alle in Absatz 1 erwähnten angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien.

#### **Art. 61 - Dauer der Datenverarbeitung**

§ 1 - Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Ordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die Daten ab Datum der Erhebung während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

§ 2 - In Abweichung von § 1 werden die Informationen in Bezug auf die Herkunft des Adoptierten, insbesondere die Angaben über die Identität der Eltern und die Daten über die Krankheitsgeschichte des Adoptierten und seiner Familie, die für die Überwachung seines Gesundheitszustandes notwendig sind, während hundert Jahren ab der Geburt des Adoptierten durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dem die ZBGA angesiedelt ist, und die Adoptionsvermittlungsdienste aufbewahrt.

### KAPITEL 7 — *Recht auf Zugang zu Herkunftsinformationen*

#### **Art. 62 - Zugangsrecht**

Die ZBGA und die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste gewährleisten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und in Anwendung der Artikel 368-6 und 368-7 des Zivilgesetzbuchs den Zugang des Adoptierten oder seines gesetzlichen Vertreters oder, im Todesfall des Adoptierten, seiner Nachkommen zu den Akten, die sich in ihrem Besitz befinden.

Ist der Adoptierte weniger als 18 Jahre alt, gewährleisten die ZBGA und die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste eine professionelle Begleitung des Adoptierten.

Ist der Adoptierte älter als 18 Jahre, bieten ihm die ZBGA und die anerkannten Adoptionsvermittlungsdienste eine professionelle Begleitung an.

Die gemäß Absatz 1 mitgeteilten Informationen betreffen den Adoptierten.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Konsultierung der in Absatz 1 erwähnten Akten fest.

KAPITEL 8 — *Schlussbestimmungen***Art. 63 - Abänderungsbestimmung**

Artikel *6bis* des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

“4. den Einnahmen, die in Anwendung der Artikel 33 § 1, 35 Absatz 4, 49 § 2 Absatz 1, 50 Absatz 2, 53, 55 Absatz 4 und 56 Absatz 4 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern entstehen.”

2. § 2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

“2. Übernahme von Kosten, die im Rahmen des Artikels 5 Absatz 2 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern entstehen;”

3. § 2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. Übernahme von Sonderauslagen und Auslagen für kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten, die in Anwendung der Artikel 44, 46 und 48 des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz genehmigt wurden;”

4. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge “in § 2 Nummern 2 und 3” durch die Wortfolge “in § 2 Nummern 2, 3 und 4” ersetzt.

**Art. 64 - Aufhebungsbestimmung**

Das Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird aufgehoben.

**Art. 65 - Übergangsbestimmung**

Für Adoptionskandidaten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Dekrets bereits mit der Adoptionsvorbereitung begonnen haben, wird die Adoptionsvorbereitung gemäß den vor dem Inkrafttreten gültigen Vorschriften weitergeführt.

**Art. 66 - Inkrafttreten**

Das vorliegende Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 27. April 2020

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales,  
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,  
Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung,  
Forschung und Erziehung

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente: 51 (2019-2020) Nr. 1 *Dekretentwurf*

51 (2019-2020) Nr. 2 *Abänderungsvorschläge*

51 (2019-2020) Nr. 3 *Bericht*

51 (2019-2020) Nr. 4 *Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text*

Ausführlicher Bericht: 27. April 2020 - Nr. 11 *Diskussion und Abstimmung*

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202407]

## 27 AVRIL 2020. — Décret relatif à l'adoption d'enfants

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales***Article 1<sup>er</sup>.** Champ d'application

Les dispositions du présent décret s'appliquent à toutes les adoptions dans la mesure où l'une des personnes physiques ou morales concernées est domiciliée ou établie en région de langue allemande.

**Art. 2.** Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

**Art. 3.** Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° adoptant : la personne mentionnée à l'article 343, § 1<sup>er</sup>, a), du Code civil qui a adopté un enfant né en Belgique ou à l'étranger;

2° candidat adoptant : la personne mentionnée à l'article 343, § 1<sup>er</sup>, a), du Code civil qui entame ou suit une procédure d'adoption en vue d'adopter un enfant né en Belgique ou à l'étranger;

3° service d'adoption : une personne morale de droit public ou privé, reconnue conformément à l'article 12, active en tant qu'intermédiaire en matière d'adoption;

4° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE;

5° Convention de La Haye du 29 mai 1993 : la Convention de La Haye du 29 mai 1993 sur la protection des enfants et la coopération en matière d'adoption internationale;

6° adoption internationale : toute adoption impliquant le déplacement international d'un enfant conformément aux articles 360-2 et 365-6 du Code civil;

7° adoption nationale : toute adoption n'impliquant aucun déplacement international d'un enfant;

8° enfant : la personne qui n'a pas dix-huit ans accomplis;

9° ACCA : l'Autorité centrale communautaire en matière d'adoption mentionnée à l'article 6.

#### **Art. 4. Principe de l'adoption**

L'adoption consiste à trouver une famille adéquate pour un enfant et non un enfant pour une famille.

Le décret doit être appliqué conformément au principe de subsidiarité de l'adoption et au double principe de subsidiarité de l'adoption internationale.

Dans le cadre du présent décret, la Communauté germanophone garantit notamment le respect des principes suivants :

1° l'adoption intervient pour le bien de l'enfant et dans le respect de ses droits fondamentaux;

2° la procédure d'adoption respecte les droits fondamentaux de chaque intéressé;

3° l'accès à la procédure d'adoption est garanti sans discrimination;

4° les parents biologiques bénéficient de conseils et d'un soutien de haute qualité;

5° les candidats adoptants bénéficient d'informations et d'une préparation à l'adoption de haute qualité;

6° les adoptants et les adoptés bénéficient d'un encadrement et d'un suivi de haute qualité.

#### **Art. 5. Coopération avec une autre autorité belge**

Les tâches et/ou activités mentionnées aux articles 24, §§ 2 et 3, 25, § 1<sup>er</sup>, 26, 44, 45, 50, 51, 55 et 56 qui, dans le cadre d'un accord de coopération, sont assurées par toute autre autorité belge ou par tout autre service agréé par l'une de ces autorités peuvent être assimilées à celles qui sont assurées par l'ACCA ou par les services d'adoption agréés par la Communauté germanophone.

Le Gouvernement fixe les modalités du soutien accordé aux candidats adoptants qui rencontrent, auprès d'un service d'adoption d'une autre autorité belge, des problèmes de compréhension liés à la langue.

### CHAPITRE 2. — *Autorité centrale communautaire en matière d'adoption*

#### **Art. 6. Création de l'Autorité centrale communautaire en matière d'adoption**

Le Gouvernement crée une Autorité centrale communautaire en matière d'adoption ci-après dénommée « ACCA », dont le siège est le Ministère de la Communauté germanophone.

#### **Art. 7. Composition de l'ACCA**

§ 1<sup>er</sup> - L'ACCA se compose d'un directeur, d'un service social et d'une administration.

§ 2 - Le directeur est au moins porteur d'un diplôme de bachelor à orientation sociale ou d'un diplôme y assimilé et justifie d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le secteur social.

Le service social compte un ou plusieurs collaborateurs. Ceux-ci sont au moins porteurs d'un diplôme de bachelor à orientation sociale.

L'administration compte un ou plusieurs collaborateurs. Ceux-ci sont au moins porteurs d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur.

§ 3 - L'exercice de la fonction de directeur, d'agent du service social, d'agent de l'administration de l'Autorité centrale communautaire en matière d'adoption, de membre du Gouvernement et de membre du personnel d'un cabinet est incompatible avec la qualité de membre d'un pouvoir organisateur d'un service de médiation en matière d'adoption ainsi qu'avec la fonction d'agent d'un service de médiation en matière d'adoption.

#### **Art. 8. Missions de l'ACCA**

Les missions de l'ACCA consistent notamment à :

1° assurer et publier des informations relatives à l'adoption et à la procédure y afférente en région de langue allemande;

2° encadrer, coordonner, contrôler et évaluer les services d'adoption;

3° examiner d'éventuelles plaintes introduites par les candidats adoptants ou les adoptants dans le cadre de leur procédure d'adoption;

4° organiser la préparation à l'adoption;

5° mener les enquêtes sociales conformément aux articles 1231-1/4, 1231-1/11, § 3, 1231-6, alinéa 1<sup>er</sup>, 1231-10, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, 1231-35 et 1231-55 du Code judiciaire et transmettre celles-ci aux autorités mandantes;

6° conduire la médiation d'adoption dans le cadre des adoptions internationales mentionnées à l'article 47;

7° encadrer les candidats adoptants pendant toute la procédure d'adoption;

8° établir l'autorisation de contact entre les adoptants et les parents de l'enfant ou toute autre personne qui exerce sur lui un droit de garde ou dont l'accord pour l'adoption est nécessaire, en application de l'article 363-1 du Code civil;

9° informer les parents biologiques;

10° assurer le suivi de l'adopté et des adoptants;

11° conserver les informations relatives à l'origine des adoptés ainsi qu'assurer l'accès à celles-ci;

12° coopérer avec toutes les autorités internationales, fédérales, communautaires, régionales ou locales si l'exercice de ses missions l'impose;

13° rédiger un manuel qualité;

14° exercer les compétences mentionnées aux articles 4, 5, 7, 8, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 30 et 33 de la Convention de La Haye du 29 mai 1993, aux articles 361-3 à 361-6, 362-1 à 362-4, 363-2 à 363-4 et 368-6 à 368-8 du Code civil et aux articles 1231-1/11 à 1231-1/14, 1231-34 et 1231-42 du Code judiciaire.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres missions dans la mesure où ces dernières peuvent contribuer à l'amélioration de la qualité de la médiation d'adoption.

**Art. 9.** Manuel qualité de l'ACCA

L'ACCA établit un manuel qualité. Dans le respect des dispositions du présent décret, celui-ci mentionne au moins :

- 1° l'action de l'ACCA pendant toute la procédure d'adoption;
- 2° les critères permettant de garantir la qualité;
- 3° le principe directeur de l'ACCA.

Le manuel est adapté au moins tous les deux ans aux évolutions juridiques et sociétales.

**Art. 10.** Rapport annuel de l'ACCA

Chaque année, le Gouvernement transmet au Parlement un rapport relatif à l'exécution des missions de l'ACCA de l'année précédente, telles qu'énumérées dans le présent décret.

CHAPITRE 3. — *Services d'adoption*Section 1<sup>re</sup>. — Agrément**Art. 11.** Conditions mises à l'agrément

Afin d'assurer une médiation d'adoption de haute qualité, tout service d'adoption actif en région de langue allemande doit, avant d'entamer ses activités, être agréé par le Gouvernement et remplir au moins les conditions suivantes :

- 1° être constitué en association sans but lucratif ou être une personne morale de droit public;
- 2° avoir son implantation en région de langue allemande;
- 3° servir d'intermédiaire en matière d'adoption, assurer l'encadrement, le suivi, ainsi que d'autres prestations en matière d'adoption;
- 4° tenir compte du bien de l'enfant et de ses droits fondamentaux, tant nationaux qu'internationaux;
- 5° disposer d'un personnel qualifié qui répond aux exigences minimales fixées par le Gouvernement;
- 6° remplir les conditions fixées par le Gouvernement en ce qui concerne l'infrastructure et le fonctionnement;
- 7° respecter les dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution;
- 8° accepter le contrôle du Gouvernement et de l'ACCA quant à l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution;
- 9° conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, les agents du service de médiation en matière d'adoption ont un casier judiciaire vierge qui ne leur interdit pas, entre autres, une activité dans le domaine de la protection infantile, et en transmettent un extrait audit service.

**Art. 12.** Procédure d'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Pour obtenir l'agrément, les services d'adoption introduisent une demande écrite auprès du Gouvernement.

La demande est accompagnée de documents dont il ressort que les conditions mentionnées à l'article 11 sont remplies. Le Gouvernement peut déterminer d'autres contenus pour la demande dans la mesure où ceux-ci peuvent contribuer à l'amélioration de la qualité de la médiation d'adoption.

Tout service d'adoption peut demander l'agrément pour l'adoption nationale, pour l'adoption internationale ou pour les deux types d'adoption.

§ 2 - L'agrément est octroyé pour une durée de six ans et est renouvelable.

L'agrément ne peut être transféré à aucun autre service d'adoption.

§ 3 - Les services d'adoption agréés introduisent une nouvelle demande ou, selon le cas, une demande partielle d'agrément :

- 1° au plus tard, trois mois avant l'expiration de l'agrément;
- 2° lorsqu'il est constaté que les données reprises dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier les données reprises dans l'agrément.

§ 4 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

- 1° les procédures d'agrément;
- 2° les procédures de modification de l'agrément;
- 3° les procédures de renouvellement de l'agrément;
- 4° les possibilités de recours lorsque la demande est rejetée.

**Art. 13.** Obligations pour conserver l'agrément

Pour conserver l'agrément, les services d'adoption agréés respectent les obligations mentionnées dans le présent décret, y compris les conditions mises à l'agrément mentionnées à l'article 11.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres obligations pour conserver l'agrément dans la mesure où celles-ci peuvent contribuer à l'amélioration de la qualité de la médiation d'adoption.

**Art. 14.** Suspension et retrait de l'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Si le service d'adoption agréé ne remplit pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement l'invite à se mettre en ordre conformément aux modalités fixées par lui.

Si ledit service ne remplit toujours pas les obligations après l'invitation mentionnée au premier alinéa, le Gouvernement suspend l'agrément et/ou le lui retire.

§ 2 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

- 1° les procédures de suspension de l'agrément;
- 2° les procédures de retrait de l'agrément;
- 3° les possibilités de recours en cas de suspension et/ou de retrait de l'agrément.

§ 3 - Pendant la suspension ou la procédure de retrait, le service d'adoption ne peut fournir sa médiation qu'aux personnes y ayant déjà eu recours avant la notification de la décision relative à la suspension ou à l'entame d'une procédure de retrait. Le service d'adoption est tenu d'informer les personnes qui sollicitent la médiation d'adoption des raisons de la suspension ou de la procédure de retrait.

Le Gouvernement détermine la forme, le contenu et la procédure de l'information mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 15.** Cessation de la médiation d'adoption

Sans préjudice d'une cessation volontaire d'une médiation d'adoption par les candidats adoptants, le retrait de l'agrément conformément à l'article 14, ou, le cas échéant, l'expiration de l'agrément à durée déterminée d'un service d'adoption entraînent, pour ledit service, la cessation de toute activité de médiation.

Le Gouvernement fixe les procédures mettant fin à la médiation d'adoption.

*Section 2. — Subventionnement***Art. 16.** Subventionnement

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles et aux conditions fixées par lui, le Gouvernement peut octroyer aux services d'adoptions des subsides pour les frais de personnel et de fonctionnement engagés en vue de mener les missions mentionnées à l'article 11, 3<sup>o</sup>.

**Art. 17.** Contrôle en matière de subsides

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés en application du présent décret s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

*Section 3. — Contrat***Art. 18.** Contenu

Les subsides mentionnés à l'article 16 et une description détaillée des missions sont fixés dans le cadre d'un contrat conclu entre le Gouvernement et le service d'adoption agréé.

Le Gouvernement fixe le cadre ainsi que le contenu complémentaire du contrat.

**Art. 19.** Durée

Le contrat a une durée d'un an au moins et de six ans au plus. Si le service d'adoption continue d'être agréé, le contrat est renouvelable à son échéance.

*Section 4. — Coopération internationale***Art. 20.** Procédure d'agrément

§ 1<sup>er</sup> - Tout service d'adoption qui souhaite entamer une coopération à l'étranger informe l'ACCA de ses intentions. Ce service dispose ensuite d'un délai de six mois afin d'introduire auprès du Gouvernement une demande complète par lettre recommandée ou par voie électronique avec accusé de réception.

Le Gouvernement accuse réception de la demande dans un délai de trente jours calendrier. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

La demande de coopération internationale comprend :

1<sup>o</sup> les dispositions légales relatives à l'adoption de l'État ou de la partie de l'État concerné(e), traduites en langue allemande;

2<sup>o</sup> les informations relatives aux autorités étrangères compétentes en matière d'adoption de l'État ou de la partie de l'État concerné(e) ainsi que celles relatives à toutes les institutions, tous les services, toutes les associations ou toutes les personnes qui pourraient coopérer avec le service d'adoption, ci-après dénommés « partenaire »;

3<sup>o</sup> un questionnaire relatif à l'État ou à la partie de l'État concerné(e), complété;

4<sup>o</sup> un rapport relatif à la visite effectuée dans l'État ou la partie de l'État concerné(e).

Le Gouvernement fixe le modèle du questionnaire mentionné à l'alinéa 3, 3<sup>o</sup>.

§ 2 - Le Gouvernement mandate l'ACCA pour vérifier la demande de coopération internationale. Celle-ci vérifie si le partenaire mentionné au § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, 2<sup>o</sup>, et l'État ou la partie de l'État concerné(e) :

1<sup>o</sup> respectent le droit applicable ainsi que les droits fondamentaux de l'enfant reconnus par le droit international;

2<sup>o</sup> garantissent l'origine, l'adoptabilité et le bien-être de l'enfant;

3<sup>o</sup> respectent le principe de subsidiarité fixé dans l'article 21 de la Convention du 20 novembre 1989 sur les droits de l'enfant et dans l'article 4 de la Convention de La Haye du 29 mai 1993;

4<sup>o</sup> ont signé la Convention de La Haye du 29 mai 1993, la convention du 19 octobre 1996 concernant la compétence, la loi applicable, la reconnaissance, l'exécution et la coopération en matière de responsabilité parentale et de mesures de protection des enfants ou tout autre accord de coopération correspondant aux principes de la Convention de La Haye du 29 mai 1993 et de l'article 167 de la Constitution;

5<sup>o</sup> garantissent la transparence financière de la procédure;

6<sup>o</sup> autorisent l'activité du service d'adoption dans leur État ou partie d'État.

L'ACCA échange toutes les informations pertinentes relatives à la demande mentionnée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, avec l'autorité centrale fédérale et avec la commission de concertation et de suivi mentionnée à l'article 12 de l'Accord de coopération du 12 décembre 2005 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune relatif à la mise en œuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption. Si cette demande concerne un État ou une partie d'un État où des adoptions sont prononcées et que celles-ci sont ensuite soumises à une procédure de reconnaissance par l'autorité centrale fédérale, une consultation préalable avec cette dernière est nécessaire.

§ 3 - Si la demande répond aux conditions mentionnées au § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, l'ACCA transmet un avis au Gouvernement dans les soixante jours suivant la réception de la demande complète. En cas de demande incomplète ou à défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les soixante jours suivant la réception de l'avis rendu par l'ACCA, le Gouvernement statue sur l'octroi d'une autorisation de coopération internationale. À défaut de décision dans le délai imparti, l'autorisation est censée être refusée.



**Art. 21.** Suspension, retrait et conditions supplémentaires

Si les conditions mentionnées à l'article 20, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, ne sont pas respectées ou si la situation dans l'État ou la partie d'un État le justifie, le Gouvernement communique par lettre recommandée au service d'adoption concerné son intention de :

- 1° suspendre temporairement l'autorisation octroyée conformément à l'article 20, § 3, alinéa 2;
- 2° de retirer l'autorisation;
- 3° d'imposer des conditions supplémentaires à la poursuite de la coopération internationale autorisée.

Dans un délai de sept jours prenant cours le troisième jour suivant l'envoi de la déclaration d'intention mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le service d'adoption peut introduire une demande d'audition auprès du Gouvernement. Cette audition intervient dans les trente jours suivant l'envoi de la déclaration d'intention. La date de la poste ou du cachet électronique, selon le cas, fait foi.

Dans un délai de trente jours suivant l'audition mentionnée à l'alinéa 2, le Gouvernement statue :

- 1° sur la suspension de l'autorisation et la durée de celle-ci;
  - 2° sur le retrait de l'autorisation;
  - 3° sur l'imposition de conditions supplémentaires à la poursuite de la coopération internationale autorisée.
- Cette décision est notifiée sans délai au service d'adoption.

Après réception de la décision mentionnée à l'alinéa 3, le service d'adoption informe sans délai par écrit les candidats adoptants qui ont déjà eu recours à ses services avant la notification de la décision et précise les raisons de la suspension ou du retrait de l'autorisation.

**Art. 22.** Rapport d'évaluation

Chaque année, le service d'adoption établit un rapport d'évaluation relatif à sa coopération internationale de l'année précédente. Ce rapport est présenté au Gouvernement avant le 1<sup>er</sup> mai.

Le service d'adoption informe le partenaire mentionné à l'article 20, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, 2°, des dispositions légales en vigueur.

CHAPITRE 4. — *Proposition d'un enfant à l'adoption**Section 1<sup>re</sup>. — Intervention auprès des parents biologiques***Art. 23.** Information des parents biologiques

§ 1<sup>er</sup> - En application de l'article 348-4 du Code civil, l'ACCA informe les parents biologiques d'un enfant né ou encore à naître des conséquences juridiques et psychologiques de l'adoption ainsi que des autres possibilités.

Si nécessaire, l'ACCA les renvoie vers des institutions spécialisées.

§ 2 - Dès que les parents biologiques ne peuvent plus s'occuper de l'enfant et tant qu'ils n'ont pas marqué leur consentement pour confier l'enfant à l'adoption, tel que visé à l'article 348-4 du Code civil, l'ACCA prend toutes les mesures utiles au bien de l'enfant, et ce, dans le respect des conditions fixées par le Gouvernement.

**Art. 24.** Proposition d'un enfant à l'adoption

§ 1<sup>er</sup> - Si les parents confirment leur intention de confier leur enfant à l'adoption, ils mandatent l'ACCA par écrit.

§ 2 - L'ACCA obtient des parents biologiques les informations mentionnées à l'article 368-6, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code civil en vue de permettre à l'adopté de mener ultérieurement des recherches sur ses origines. Ces informations seront reprises dans le rapport mentionné à l'article 25, relatif à l'enfant à adopter.

§ 3 - L'ACCA soutient les parents biologiques lors des démarches juridiques et administratives en lien avec l'adoption de l'enfant et assure un soutien psychologique pendant toute la procédure d'adoption.

L'ACCA garantit que les parents biologiques, lorsqu'ils approuvent l'adoption, seront informés comme il se doit sur les conséquences juridiques et psychologiques de celle-ci.

Conformément à l'article 55, alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, l'ACCA continue de se tenir à la disposition des parents biologiques pour tout soutien ou conseil, même après le prononcé de l'adoption.

§ 4 - L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées aux §§ 2 et 3.

**Art. 25.** Rapport relatif à l'enfant à adopter

§ 1<sup>er</sup> - L'ACCA, mandatée par les parents biologiques conformément à l'article 24, établit un rapport relatif à l'enfant à adopter.

Ce rapport reprend les informations relatives à :

- 1° l'identité de l'enfant;
- 2° l'adoptabilité de l'enfant;
- 3° l'environnement social de l'enfant;
- 4° le développement personnel de l'enfant et de sa famille;
- 5° le passé médical de l'enfant et de sa famille;
- 6° les besoins spécifiques de l'enfant.

Le Gouvernement fixe le modèle du rapport.

Sur la base de ce rapport, l'ACCA détermine pour chaque enfant les candidats adoptants correspondant le mieux à ses caractéristiques et à ses besoins.

§ 2 - L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées au § 1<sup>er</sup>.

*Section 2. — Intervention auprès de l'enfant à adopter***Art. 26.** Encadrement de l'enfant à adopter

L'ACCA encadre l'enfant et le prépare à l'adoption. Elle mène au moins une visite à domicile dans les trois premiers mois suivant l'arrivée de l'enfant chez les adoptants. Ensuite, elle rencontre les adoptants tous les six mois jusqu'au prononcé de l'adoption.

Conformément à l'article 55, alinéa 1<sup>er</sup>, l'ACCA continue de se tenir à la disposition de l'adopté pour tout soutien ou conseil.

L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées aux alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

CHAPITRE 5. — *Étapes de la procédure d'adoption**Section 1<sup>re</sup>*. — Inscription et préparation**Art. 27.** Entretien informatif

§ 1<sup>er</sup> - Toute procédure d'adoption commence par un entretien informatif personnel auprès de l'ACCA. Dans le cadre de cet entretien, les candidats adoptants reçoivent des informations générales relatives à l'adoption et à la procédure y afférente.

§ 2 - Les candidats adoptants mentionnés à l'article 47 transmettent à l'ACCA un questionnaire.

Le questionnaire reprend les informations suivantes relatives :

1° aux candidats adoptants :

- a. l'identité;
- b. la situation familiale;
- c. l'histoire familiale;
- d. le jugement d'aptitude;
- e. les données de contact;

2° à l'enfant à adopter :

- a. l'identité;
- b. la situation familiale;
- c. l'histoire familiale;
- d. les parents biologiques;
- e. les données de contact;

3° aux parents biologiques de l'enfant à adopter :

- a. l'identité;
- b. la situation familiale;
- c. l'histoire familiale;
- d. les données de contact;

4° aux contacts des candidats adoptants avec l'enfant à adopter.

Le Gouvernement fixe le modèle du questionnaire.

**Art. 28.** Formulaire d'inscription

Dans le cadre de l'entretien informatif mentionné à l'article 27, § 1<sup>er</sup>, l'ACCA remet aux candidats adoptants un formulaire d'inscription en vue de participer à la préparation à l'adoption.

Le formulaire d'inscription reprend :

- 1° des informations relatives à l'identité des candidats adoptants;
- 2° les données de contact des candidats adoptants;
- 3° des informations relatives à la situation familiale des candidats adoptants;
- 4° des informations relatives au projet d'adoption.

Le Gouvernement fixe le modèle du formulaire d'inscription.

Après réception du formulaire d'inscription complété, l'ACCA transmet aux candidats adoptants une confirmation de leur inscription et leur communique le début de la préparation.

**Art. 29.** Conditions

Pour pouvoir s'inscrire à la préparation à l'adoption, les candidats adoptants remplissent les conditions d'état civil et d'âge fixées aux articles 343, § 1<sup>er</sup>, et 345 du Code civil. L'ACCA vérifie que ces conditions sont remplies et ouvre un dossier individuel pour chaque inscription.

Le Gouvernement fixe la liste des documents à présenter pour l'inscription en vue de participer à la préparation à l'adoption.

**Art. 30.** Exceptions

L'ACCA refuse l'inscription à la préparation lorsque le candidat adoptant :

1° n'a pas, dans le cadre de la procédure de régularisation mentionnée à l'article 365-6 du Code civil, reçu l'accord de l'autorité centrale fédérale pour entamer la procédure d'adoption prévue à l'article 361-1 du Code civil;

2° s'est vu confier un enfant dans un État d'origine ne connaissant ni l'adoption ni l'accueil en vue d'une adoption, et ce, sans respecter les dispositions de l'article 361-5 du Code civil.

Lorsque les candidats adoptants mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup> souhaitent s'inscrire à une préparation en vue d'adopter un enfant inconnu, l'ACCA indique sur l'attestation de participation mentionnée à l'article 34 que celle-ci ne peut être utilisée pour l'adoption de l'enfant mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

Lorsqu'un candidat adoptant s'inscrit à une préparation bien qu'il relève du champ d'application des articles 363-1 à 363-3 du Code civil, l'ACCA l'indique sur l'attestation de participation mentionnée à l'article 34 et en informe le tribunal de la famille compétent.

**Art. 31.** Préparation à l'adoption

La préparation à l'adoption est organisée par l'ACCA.

Aux conditions fixées par le Gouvernement, elle peut être confiée en tout ou partie à des tiers.

Le Gouvernement fixe les conditions auxquelles une préparation externe à l'adoption ou la préparation à une autre forme d'accueil d'enfants peut être assimilée en tout ou partie à une préparation de l'ACCA.

**Art. 32.** Objectif de la préparation à l'adoption

La préparation à l'adoption vise à informer les candidats adoptants des aspects juridiques, contextuels, culturels, éthiques et humains de l'adoption et à les sensibiliser aux défis psychologiques, familiaux et relationnels de celle-ci.

**Art. 33.** Programme de la préparation à l'adoption

§ 1<sup>er</sup> - Le Gouvernement fixe les modalités et la durée de la préparation à l'adoption mentionnée à l'article 31, le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants ainsi que les modalités de son versement.

§ 2 - Pour une adoption intrafamiliale, pour l'adoption d'un deuxième enfant, pour l'adoption d'un enfant handicapé ou pour les personnes qui ont déjà participé à une préparation à l'adoption ou à une autre forme de préparation, le Gouvernement peut prévoir des programmes spécifiques.

Les candidats adoptants qui sont mariés ou cohabitants légaux doivent participer ensemble aux programmes mentionnés au premier alinéa.

**Art. 34.** Attestation de participation délivrée à l'issue de la préparation à l'adoption

L'ACCA délivre une attestation de participation aux candidats adoptants qui ont suivi la préparation à l'adoption. Cette attestation confirme que la préparation à l'adoption a été menée conformément aux articles 346-2, alinéa 1<sup>er</sup>, et 361-1, alinéa 2, du Code civil.

L'attestation de participation délivrée à l'issue de la préparation est valable pour dix-huit mois et mentionne :

- 1° les nom et prénom des candidats adoptants;
- 2° les lieu et date de naissance des candidats adoptants;
- 3° la nationalité des candidats adoptants;
- 4° l'état civil des candidats adoptants.

*Section 2. — Enquêtes sociales***Art. 35.** Enquête sociale relative à l'aptitude des candidats adoptants

L'ACCA mène l'enquête relative à l'aptitude des candidats adoptants ordonnée par le tribunal de la famille en application des articles 1231-1/4, 1231-1/11, § 3, et 1231.6, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code judiciaire.

En application des articles 1231-1/4, 1231-1/11, § 3, et 1231.6, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code judiciaire, un psychologue désigné par l'ACCA est consulté.

Si nécessaire, l'ACCA peut recourir à des personnes rémunérées par honoraires pour mener l'enquête sociale.

Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de l'enquête sociale, le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants ainsi que les modalités de son versement.

**Art. 36.** Enquête sociale relative à l'intérêt pour l'enfant d'être adopté

§ 1<sup>er</sup> - L'ACCA mène l'enquête relative à l'intérêt pour l'enfant d'être adopté ordonnée par le tribunal de la famille en application de l'article 1231.6, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code judiciaire.

Si nécessaire, l'ACCA peut recourir à des personnes rémunérées par honoraires pour mener l'enquête sociale.

Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de l'enquête sociale.

§ 2 - Le Gouvernement désigne les services dont l'avis peut être sollicité en application de l'article 1231.6, alinéa 1<sup>er</sup>, du Code judiciaire.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives au financement de ces avis.

§ 3 - Si le tribunal de la famille ordonne l'enquête sociale mentionnée au § 1<sup>er</sup>, l'ACCA garantit que les informations mentionnées à l'article 348-4 du Code civil seront transmises aux parents biologiques.

**Art. 37.** Enquête sociale relative à l'évaluation de la capacité de l'enfant

L'ACCA procède à l'enquête approfondie relative à la capacité de l'enfant à exprimer son opinion sur le projet d'adoption ordonnée par le tribunal de la famille en application de l'article 1231.10, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup>, du Code judiciaire.

Si nécessaire, l'ACCA peut recourir à des personnes rémunérées par honoraires pour mener l'enquête sociale.

Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de l'enquête sociale.

**Art. 38.** Enquête sociale dans le cadre d'une procédure d'appel

L'ACCA mène l'enquête sociale ordonnée par la chambre de la famille de la cour d'appel en application de l'article 1231.55 du Code judiciaire.

Si nécessaire, l'ACCA peut recourir à des personnes rémunérées par honoraires pour mener l'enquête sociale.

Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de l'enquête sociale.

**Art. 39.** Enquête sociale relative au refus de l'accord pour l'adoption

La maison de justice compétente mène l'enquête sociale mentionnée à l'article 348-11, alinéa 2, du Code civil.

**Art. 40.** Enquête sociale relative à l'adoptabilité de l'enfant en cas d'adoption internationale d'enfants ayant leur résidence habituelle en Belgique

§ 1<sup>er</sup> - L'ACCA mène l'enquête sociale ordonnée par le tribunal de la famille en application de l'article 1231-35 du Code judiciaire.

Le Gouvernement fixe les modalités d'exécution de l'enquête sociale.

§ 2 - Le Gouvernement désigne les services dont l'avis peut être sollicité en application de l'article 1231-35 du Code judiciaire.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives au financement de ces avis.

## Section 3. — Médiation d'adoption par un service d'adoption

Sous-section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales**Art. 41.** Objectif de la médiation d'adoption

La médiation d'adoption vise à déterminer les candidats adoptants qui correspondent au mieux aux besoins et aux qualités des enfants à adopter.

Pour la médiation d'adoption, les candidats adoptants doivent obligatoirement être encadrés par un service d'adoption agréé, sauf pour les situations mentionnées à l'article 47 du présent décret et à l'article 346-1/1, alinéa 2, du Code civil.

**Art. 42.** Convention

Lorsqu'un service d'adoption se charge de la médiation d'adoption, il conclut avec les candidats adoptants une convention fixant au moins les modalités selon lesquelles se poursuivra la coopération ainsi que la participation aux frais.

Le Gouvernement fixe le modèle de la convention.

Les candidats adoptants qui ont déjà signé une convention ne peuvent entamer une autre médiation d'adoption que moyennant l'autorisation écrite motivée de l'ACCA.

**Art. 43.** Communication relative à l'enfant proposé

Avant que le service d'adoption ne communique une proposition aux candidats adoptants, l'ACCA doit l'approuver. Pour ce faire, l'ACCA vérifie l'application correcte des dispositions légales, ainsi que l'adoptabilité juridique et psychologique de l'enfant en se basant sur les rapports relatifs à l'enfant mentionnés à l'article 25 du présent décret ainsi qu'aux articles 361-3, 2<sup>o</sup>, a), ou 361-5, 1<sup>o</sup>, du Code civil.

## Sous-section 2. — Adoption interne extrafamiliale

**Art. 44.** Procédure

§ 1<sup>er</sup> - Pour la médiation relative à l'adoption d'un enfant dans le cadre d'une adoption interne extrafamiliale, les candidats adoptants qui disposent d'un jugement d'aptitude conformément à l'article 1231-1/7 du Code judiciaire s'adressent à un service d'adoption agréé.

Le service d'adoption organise un entretien informatif gratuit au cours duquel il présente aux candidats adoptants, entre autres, ses missions, son fonctionnement général, ses méthodes de travail, sa philosophie et ses coopérations en Belgique, ainsi que l'ouverture d'esprit qu'il attend de leur part quant au profil des enfants qui pourraient être adoptés.

Lors de cette séance, les candidats à l'adoption reçoivent une ébauche de la convention mentionnée à l'article 42.

§ 2 - Si les candidats adoptants demandent par écrit que leur projet d'adoption soit poursuivi auprès du service d'adoption, celui-ci vérifie :

1<sup>o</sup> si les dispositions légales sont remplies;

2<sup>o</sup> le nombre de places disponibles sur la liste d'attente en fonction du nombre d'enfants qui pourraient être adoptés;

3<sup>o</sup> le jugement d'aptitude rendu par le tribunal de la famille et l'avis du ministère public mentionné à l'article 1231-1/5 du Code judiciaire.

Dans les trente jours de la réception de la demande mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le service d'adoption informe par écrit les candidats adoptants, au moyen d'une décision motivée, de la recevabilité de la demande ou non. Une copie de cette décision est transmise à l'ACCA.

Si leur demande est irrecevable, les candidats adoptants peuvent introduire un recours auprès de l'ACCA. Celle-ci vérifie le dossier et soit confirme la décision du service d'adoption, soit enjoint ce dernier à déclarer la demande recevable.

§ 3 - Si la demande est réputée recevable, le service d'adoption mène une enquête psycho-médico-sociale dans un délai de quatre mois à compter de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, enquête qui comprend un entretien avec les candidats adoptants à leur domicile, deux entretiens psychologiques et un examen médical.

Cette enquête psycho-médico-sociale se rapporte :

1<sup>o</sup> à l'état de santé des candidats adoptants;

2<sup>o</sup> aux capacités psychosociales des candidats adoptants;

3<sup>o</sup> à l'ouverture d'esprit attendue des candidats adoptants quant au profil des enfants qui pourraient être adoptés;

4<sup>o</sup> aux conséquences légales, psychologiques, familiales et relationnelles du projet d'adoption sur le projet de vie des candidats adoptants et de l'enfant à adopter.

§ 4 - Dans un délai de trente jours à compter de l'enquête psycho-médico-sociale, le service d'adoption informe par écrit les candidats adoptants, au moyen d'une décision motivée, de la possibilité ou non de poursuivre leur projet d'adoption. Une copie de cette décision est transmise à l'ACCA.

Si le service d'adoption approuve la poursuite du projet d'adoption, il continue la médiation d'adoption et conclut avec les candidats adoptants la convention mentionnée à l'article 42.

Si le service d'adoption rejette la poursuite du projet d'adoption, il propose aux candidats adoptants un entretien au cours duquel il exposera les raisons de sa décision.

Le Gouvernement fixe le montant maximal de la participation aux frais due par les candidats adoptants pour la médiation et l'enquête psycho-médico-sociale mentionnée au § 3 ainsi que les modalités de son versement.

§ 5 - Dans le cadre de la poursuite de la procédure, le service d'adoption continue à se tenir à la disposition des candidats adoptants et les soutient pendant la période d'attente.

Ses missions sont notamment les suivantes :

1<sup>o</sup> chaque année, organiser au moins un entretien d'évaluation psycho-médico-social;

2<sup>o</sup> dès qu'un enfant précis peut être proposé aux candidats adoptants et après que l'ACCA a approuvé cette proposition, mener un entretien avec les candidats adoptants au cours duquel seront présentés les éléments repris dans le rapport sur l'enfant mentionné à l'article 25;

3<sup>o</sup> dès que les candidats adoptants auront approuvé par écrit la proposition d'enfant, les préparer à accueillir l'enfant et s'assurer que toutes les mesures légales et administratives sont remplies pour que l'enfant puisse séjourner chez eux;

4<sup>o</sup> conseiller et soutenir les candidats adoptants lors de la procédure devant le tribunal de la famille;

5° transmettre au tribunal de la famille le rapport sur l'enfant mentionné à l'article 25 ainsi que celui sur la visite à domicile mentionné à l'article 56, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°.

Sous-section 3. — Adoption internationale extrafamiliale

**Art. 45.** Procédure

§ 1<sup>er</sup> - Pour la médiation relative à l'adoption d'un enfant dans le cadre d'une adoption internationale extrafamiliale, les candidats adoptants qui disposent d'un jugement d'aptitude conformément à l'article 1231-1/7 du Code judiciaire s'adressent à un service d'adoption agréé.

Le service d'adoption organise un entretien informatif gratuit au cours duquel il présente aux candidats adoptants, entre autres, ses missions, son fonctionnement général, ses méthodes de travail, sa philosophie et ses coopérations à l'étranger, ainsi que l'ouverture d'esprit qu'il attend de leur part quant au profil des enfants qui pourraient être adoptés.

Lors de cette séance, les candidats adoptants reçoivent :

- 1° des documents relatifs à l'adoption dans les États ou parties d'État avec lesquels le service d'adoption coopère;
- 2° une ébauche de la convention mentionnée à l'article 42.

§ 2 - Si les candidats adoptants demandent par écrit que leur projet d'adoption soit poursuivi dans un ou plusieurs États ou parties d'États auprès du service d'adoption, celui-ci vérifie :

- 1° si les dispositions légales sont remplies;
- 2° les conditions d'adoption des États ou parties d'État avec lesquels il coopère;
- 3° le jugement d'aptitude rendu par le tribunal de la famille et l'avis du ministère public mentionné à l'article 1231-1/5 du Code judiciaire;
- 4° le nombre de places disponibles sur la liste d'attente en fonction des besoins des États d'origine.

Dans les trente jours de la réception de la demande mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, le service d'adoption informe par écrit les candidats adoptants, au moyen d'une décision motivée, de la recevabilité de la demande ou non. Une copie de cette décision est transmise à l'ACCA.

Si leur demande est irrecevable, les candidats adoptants peuvent introduire un recours auprès de l'ACCA. Celle-ci vérifie le dossier et soit confirme la décision du service d'adoption, soit enjoint ce dernier à déclarer la demande recevable.

§ 3 - Si la demande est réputée recevable, le service d'adoption mène une enquête psycho-médico-sociale dans un délai de quatre mois à compter de la décision mentionnée au § 2, alinéa 2, enquête qui comprend un entretien avec les candidats adoptants à leur domicile, deux entretiens psychologiques et un examen médical.

Cette enquête psycho-médico-sociale se rapporte :

- 1° à l'état de santé des candidats adoptants;
- 2° aux capacités psychosociales des candidats adoptants;
- 3° à l'ouverture d'esprit attendue des candidats adoptants quant au profil des enfants qui pourraient être adoptés;
- 4° aux conséquences légales, psychologiques, familiales et relationnelles du projet d'adoption sur le projet de vie des candidats adoptants et de l'enfant à adopter.

§ 4 - Dans un délai de trente jours à compter de l'enquête psycho-médico-sociale, le service d'adoption informe par écrit les candidats adoptants, au moyen d'une décision motivée, de la possibilité ou non de poursuivre leur projet d'adoption. Une copie de cette décision est transmise à l'ACCA.

Si le service d'adoption approuve la poursuite du projet d'adoption, il continue la médiation d'adoption et conclut avec les candidats adoptants la convention mentionnée à l'article 42.

Si le service d'adoption rejette la poursuite du projet d'adoption, il propose aux candidats adoptants un entretien au cours duquel il exposera les raisons de sa décision.

Le Gouvernement fixe le montant maximal de la participation aux frais due par les candidats adoptants pour la médiation et l'enquête psycho-médico-sociale mentionnée au § 3 ainsi que les modalités de son versement.

§ 5 - Dans le cadre de la poursuite de la procédure, le service d'adoption continue à se tenir à la disposition des candidats adoptants et les soutient pendant la période d'attente.

Ses missions sont notamment les suivantes :

- 1° soutenir et conseiller les candidats adoptants lors de la préparation du dossier d'adoption;
- 2° en application de l'article 361-3 du Code civil, transmettre aux autorités étrangères compétentes les documents mentionnés à l'article 361-2 dudit Code et le rapport sur les candidats adoptants mentionné à l'article 361-2/1 du même Code;
- 3° chaque année, organiser au moins un entretien d'évaluation psycho-médico-social;
- 4° réceptionner, par le biais des autorités étrangères compétentes ou l'ACCA, les documents mentionnés aux articles 361-3, 2°, ou 361-5, 1° et 2°, du Code civil ou, le cas échéant, des documents équivalents ou l'exemption de leur production conformément à l'article 361-4 dudit Code;
- 5° dès qu'un enfant précis peut être proposé aux candidats adoptants et après que l'ACCA a approuvé cette proposition, mener un entretien avec les candidats adoptants au cours duquel seront présentés les éléments repris dans le rapport sur l'enfant mentionné à l'article 361-3, 2° ou 361-5, 1°;
- 6° transmettre aux autorités étrangères compétentes le consentement écrit des candidats adoptants à la prise en charge de l'enfant en vue de son adoption ainsi que la décision de l'ACCA, approuvée par écrit, de confier auxdits candidats adoptants l'enfant proposé;
- 7° préparer les candidats adoptants à l'accueil de l'enfant et à leur voyage vers son État d'origine;
- 8° soutenir les candidats adoptants lors de leur voyage et d'autres procédures d'adoption dans l'État d'origine de l'enfant ainsi que lors de la reconnaissance de l'adoption;
- 9° s'assurer que toutes les mesures légales et administratives relatives au séjour de l'enfant auprès des candidats adoptants sont remplies.

Le service d'adoption informe l'ACCA de l'exécution des missions mentionnées à l'alinéa 2, 2° et 6°.

Conformément à l'article 50, alinéa 1<sup>er</sup>, l'ACCA peut charger le service d'adoption de poursuivre une médiation d'adoption et d'exécuter une ou plusieurs des missions mentionnées aux § 3 et 5.

**Art. 46.** Traductions

Si des traductions s'avèrent nécessaires, les frais y afférents seront supportés par les candidats adoptants.

*Section 4. — Médiation d'adoption par l'ACCA***Art. 47. Conditions**

L'ACCA peut assumer la médiation d'adoption pour les candidats adoptants qui disposent d'un jugement d'aptitude conformément à l'article 1231-1/7 du Code judiciaire et :

1° souhaite adopter un enfant issu d'un État ou d'une partie d'un État pour lequel aucun service d'adoption agréé n'a l'autorisation de coopérer;

2° souhaite adopter un enfant dans le cadre d'une adoption internationale intrafamiliale. L'adoption internationale intrafamiliale désigne l'adoption mentionnée à l'article 360-2 du Code civil qui concerne un enfant apparenté ou un enfant qui partage ou a partagé la vie quotidienne du futur adoptant, à condition que cette adoption ne relève pas des articles 363-2 et 363-3 du Code civil.

L'ACCA peut refuser la médiation d'adoption mentionnée à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, lorsque l'État d'origine est un État qui présente un haut degré d'insécurité.

**Art. 48. Entretien de médiation**

Les candidats adoptants mentionnés à l'article 47 s'adressent à l'ACCA pour un entretien de médiation. Lors de cet entretien, les candidats adoptants remettent à l'ACCA le questionnaire complété mentionné à l'article 27, § 2, les dispositions juridiques de l'État d'origine en matière d'adoption, traduites en langue allemande, ainsi que tout autre document pouvant éclairer le projet d'adoption.

**Art. 49. Examen du projet d'adoption**

§ 1<sup>er</sup> - Après réception des documents mentionnés à l'article 48, l'ACCA demande, si nécessaire, l'appui de toute autorité ou organisation belge ou étrangère afin de vérifier si :

1° les autorités étrangères compétentes respectent le droit applicable ainsi que les droits fondamentaux de l'enfant reconnus par le droit international;

2° l'origine, l'adoptabilité et le bien-être de l'enfant sont assurés. À cet effet, l'ACCA demande les documents mentionnés dans les articles 361-3, 2°, ou 361-5, 1° et 2°, du Code civil ou, le cas échéant, des documents équivalents ou l'exemption de leur production conformément à l'article 361-4 du Code civil;

3° le principe de subsidiarité fixé dans l'article 21 de la Convention du 20 novembre 1989 sur les droits de l'enfant et dans l'article 4 de la Convention de La Haye du 29 mai 1993 est respecté;

4° l'État d'origine de l'enfant a signé la Convention de La Haye du 29 mai 1993 ou la convention du 19 octobre 1996 concernant la compétence, la loi applicable, la reconnaissance, l'exécution et la coopération en matière de responsabilité parentale et de mesures de protection des enfants;

5° le projet d'adoption n'entraîne, conformément à l'article 21, *d*), de la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant du 20 novembre 1989, aucun avantage patrimonial incontestable pour des personnes responsables de l'enfant ou pour toute autre personne;

6° la législation étrangère sur les adoptions est compatible avec les dispositions du droit belge.

§ 2 - Dans un délai de quatre mois à compter de la réception des documents mentionnés au § 1<sup>er</sup> et de la participation aux frais fixée par le Gouvernement, l'ACCA communique aux candidats adoptants la décision selon laquelle le projet d'adoption peut ou non être poursuivi.

Si, après l'expiration du délai de quatre mois mentionné au premier alinéa, l'ACCA n'a pas reçu suffisamment d'informations de la part des autorités mentionnées au § 1<sup>er</sup>, le projet d'adoption est suspendu jusqu'à la réception de ces informations. Dans un délai de deux mois à compter de la réception de ces informations, elle communique sa décision finale aux candidats adoptants.

**Art. 50. Convention**

Lorsque l'ACCA approuve la poursuite du projet d'adoption, elle poursuit la médiation d'adoption ou en charge un service d'adoption agréé.

Lorsque l'ACCA poursuit la médiation d'adoption, elle conclut avec les candidats adoptants une convention fixant au moins les modalités selon lesquelles se poursuivra la coopération ainsi que la participation aux frais.

Le Gouvernement fixe le modèle de convention.

**Art. 51. Transmission de documents**

En application de l'article 361-3 du Code civil, l'ACCA assure la transmission des documents suivants aux autorités étrangères compétentes :

1° les documents mentionnés à l'article 361-2 du Code civil;

2° le rapport relatif aux candidats adoptants, mentionné à l'article 361-2/1 du Code civil;

3° le consentement écrit des candidats adoptants à la prise en charge de l'enfant en vue de son adoption;

4° la décision écrite approuvée de l'ACCA de confier aux candidats adoptants l'enfant proposé.

**Art. 52. Traductions**

Si des traductions s'avèrent nécessaires, les frais y afférents seront supportés par les candidats adoptants.

*Section 5. — Régularisation d'adoptions***Art. 53. Procédure**

Les candidats adoptants mentionnés à l'article 365-6, § 2, du Code civil pour lesquels l'autorité centrale fédérale demande un avis motivé à l'ACCA remplissent le formulaire mentionné à l'article 27, § 2, et payent à l'ACCA la participation aux frais fixée par le Gouvernement. Après réception de la participation aux frais, l'ACCA établit l'avis motivé mentionné à l'article 365-6, § 2, alinéa 2, du Code civil.

*Section 6.— Adoption internationale d'enfants ayant leur résidence habituelle en Belgique***Art. 54.** Procédure

§ 1<sup>er</sup> - Conformément à l'article 362-1 du Code civil, l'ACCA reçoit de l'autorité centrale fédérale un rapport sur une ou plusieurs personnes résidant à l'étranger qui souhaitent adopter un enfant ayant sa résidence habituelle en Belgique.

Si un enfant entre en compte pour une adoption, l'ACCA transmet à l'autorité centrale fédérale les données relatives à l'enfant, conformément à l'article 1231-34 du Code judiciaire.

§ 2 - Sur ordre du tribunal de la famille, l'ACCA mène l'enquête sociale mentionnée à l'article 40 et relative à l'adoptabilité de l'enfant.

§ 3 - Lorsque l'ACCA reçoit de l'autorité centrale fédérale le jugement d'adoptabilité de l'enfant, elle garantit la transmission des documents suivants aux autorités étrangères compétentes :

- 1° la décision motivée de poursuivre la procédure d'adoption;
- 2° le jugement d'adoptabilité;
- 3° le rapport sur l'enfant, mentionné à l'article 362-3, 4°, du Code civil.

*Section 7. — Encadrement et suivi de l'adoption***Art. 55.** Encadrement de l'adoption

L'ACCA :

1° offre un encadrement et un soutien aux adoptants, aux adoptés et aux parents biologiques qui en font la demande;

2° propose régulièrement aux adoptants et aux adoptés des événements organisés autour de la question de l'adoption;

3° reste à la disposition des adoptés en ce qui concerne les questions relatives à leur identité ou leur origine.

L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées au premier alinéa.

Aux conditions fixées par le Gouvernement, l'encadrement de l'adoption peut être confié en tout ou partie à des tiers.

Le Gouvernement fixe le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants pour l'encadrement de l'adoption ainsi que les modalités de son versement.

**Art. 56.** Suivi

L'ACCA assure le suivi de l'enfant et des adoptants. Celui-ci comprend au moins :

- 1° un premier contact dans les quinze jours suivant l'arrivée de l'enfant dans sa famille;
- 2° une première visite au domicile des adoptants dans les trois mois suivant l'arrivée de l'enfant au sein de la famille;
- 3° une seconde visite au cours de l'année d'arrivée de l'enfant, une réunion annuelle jusqu'à la finalisation de l'adoption et une réunion au cours de l'année où l'adoption est finalisée;
- 4° le suivi exigé par les autorités compétentes de l'État d'origine.

L'ACCA peut confier à un service d'adoption agréé tout ou partie des missions mentionnées au premier alinéa.

Aux conditions fixées par le Gouvernement, le suivi peut être confié en tout ou partie à des tiers.

Le Gouvernement fixe le montant de la participation aux frais à supporter par les candidats adoptants pour le suivi ainsi que les modalités de son versement.

*CHAPITRE 6. — Coopération, confidentialité et protection des données***Art. 57.** Coopération

Sans préjudice des dispositions figurant dans le présent chapitre, l'ACCA, les services d'adoption, ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution, sont tenus de coopérer.

Dans le cadre des missions leur imposées par le présent décret et ses arrêtés d'exécution, l'ACCA et les services d'adoption chargés de l'adoption d'un enfant s'informent mutuellement des mesures déjà entreprises.

La coopération exige le respect de la répartition des compétences et missions de chacun.

**Art. 58.** Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, l'ACCA, les services d'adoption, ainsi que toute personne physique ou morale partie prenante à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution doivent traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

**Art. 59.** Traitement des données à caractère personnel

§ 1<sup>er</sup> - La collecte et le traitement des données à caractère personnel s'opèrent dans le respect du règlement général sur la protection des données.

Le Ministère de la Communauté germanophone et les services d'adoption traitent les données à caractère personnel uniquement aux fins d'exécution des missions prévues dans le présent décret et des dispositions d'exécution.

Par conséquent, le Ministère de la Communauté germanophone et les services d'adoption attirent l'attention de leurs collaborateurs et conseillers externes sur leurs obligations en matière de sécurité des informations et de protection des données.

§ 2 - Dans le cadre de l'exécution des articles 24, § § 2 et 3, 25, § 1<sup>er</sup>, 27, § 2, 28, alinéa 2, 34, alinéa 2, 35, alinéa 1<sup>er</sup>, 36, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 37, alinéa 1<sup>er</sup>, 38, alinéa 1<sup>er</sup>, et 40, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, le Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, est responsable du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, 7., du règlement général sur la protection des données.

Pour l'exécution des articles 44 et 45, les services d'adoption sont responsables du traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 4, 7., du règlement général sur la protection des données.

Dans le cadre de l'exécution des articles 24, § 4, 25, § 2, et 50, alinéa 1<sup>er</sup>, le Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, et les services d'adoption sont responsables conjoints pour le traitement des données à caractère personnel au sens de l'article 26, 1., du règlement général sur la protection des données et fixent leurs obligations dans un accord, conformément aux 1° et 2° du même article du règlement précité.

§ 3 - Au sens de l'article 4, 8., du règlement général sur la protection des données traitent des données à caractère personnel pour le compte du Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, les personnes physiques ou morales suivantes :

- 1° les institutions spécialisées mentionnées à l'article 23, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2;
- 2° les tiers mentionnés aux articles 31, alinéa 2, 55, alinéa 3, et 56, alinéa 3;
- 3° les psychologues mentionnés à l'article 35, alinéa 2;
- 4° les personnes percevant des honoraires mentionnées aux articles 35, alinéa 3, 36, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 37, alinéa 2, et 38, alinéa 2;
- 5° les services mentionnés aux articles 36, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, et 40, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>.

Les personnes physiques ou morales mentionnées au premier alinéa traitent les données à caractère personnel dans le cadre de ce décret et de ses dispositions d'exécution exclusivement pour le compte du Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée.

**Art. 60.** Catégories de données

Dans le cadre de leur responsabilité mentionnée à l'article 59, § 2, le Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, et les services d'adoption peuvent traiter toutes les données à caractère personnel relatives aux candidats adoptants, aux familles adoptantes, aux adoptés et aux parents biologiques, qui sont appropriées, utiles et proportionnées et qui relèvent des catégories suivantes :

- 1° les données de contact et relatives à l'identité;
- 2° les données relatives au niveau d'études ou à la formation;
- 3° les données relatives aux connaissances linguistiques;
- 4° les données relatives à la situation familiale;
- 5° les données relatives à la situation sociale et financière;
- 6° les données relatives aux loisirs;
- 7° les données relatives aux capacités et centres d'intérêt;
- 8° les données médicales et psychologiques;
- 9° les données particulièrement dignes d'être protégées, mentionnées à l'article 9 du règlement général sur la protection des données;
- 10° les données judiciaires, mentionnées à l'article 10 du règlement général sur la protection des données;
- 11° les données relatives aux convictions philosophiques ou religieuses.

Sur ordre du Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, les personnes physiques ou morales mentionnées à l'article 59, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, peuvent traiter toutes les données mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, qui sont appropriées, utiles et proportionnées.

Sur avis préalable de l'autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 61.** Durée du traitement des données

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant éventuellement un délai de conservation plus long, les données sont traitées et conservées pendant dix ans à dater de leur collecte.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, les informations relatives à l'origine de l'adopté, notamment les données concernant l'identité de ses parents biologiques et le passé médical de l'adopté et de sa famille, nécessaires à la surveillance de son état de santé, sont conservées pendant cent ans à compter de sa naissance par le Ministère de la Communauté germanophone, auquel l'ACCA est attachée, et les services d'adoption.

CHAPITRE 7. — *Droit d'accès aux informations relatives à l'origine*

**Art. 62.** Droit d'accès

Dans le cadre des contraintes légales et en application des articles 368-6 et 368-7 du Code civil, l'ACCA et les services d'adoption agréés assurent l'accès aux dossiers en leur possession à l'adopté ou son représentant ou à ses descendants s'il est décédé.

Si l'adopté n'a pas dix-huit ans, l'ACCA et les services d'adoption agréés lui assurent un accompagnement professionnel.

Si l'adopté a plus de dix-huit ans, l'ACCA et les services d'adoption agréés lui proposent un accompagnement professionnel.

Les informations communiquées conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup> concernent l'adopté.

Le Gouvernement fixe les modalités de consultation des dossiers mentionnés au premier alinéa.

CHAPITRE 8. — *Dispositions finales*

**Art. 63.** Disposition modificative

À l'article 6bis du décret du 9 mai 1988 relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans le § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :
  - « 4° des recettes qui résultent de l'application des articles 33, § 1<sup>er</sup>, 35, alinéa 4, 49, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 50, alinéa 2, 53, 55, alinéa 4 et 56, alinéa 4, du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants. »;
- 2° dans le § 2, le 2° est remplacé par ce qui suit :
  - « 2° prise en charge des frais encourus dans le cadre de l'article 5, alinéa 2, du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants; »;
- 3° dans le § 2, le 3° est remplacé par ce qui suit :
  - « 3° prise en charge de dépenses spéciales et de dépenses pour des activités culturelles, sportives et scolaires approuvées en application des articles 44, 46 et 48 de l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 concernant l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse; »;
- 4° dans le § 3, alinéa 2, les mots « dans le § 2, 2° et 3° », sont remplacés par les mots « dans le § 2, 2°, 3° et 4° ».



**Art. 64.** Disposition abrogatoire

Le décret du 21 décembre 2005 relatif à l'adoption, modifié en dernier lieu par le décret du 24 février 2014, est abrogé.

**Art. 65.** Disposition transitoire

Pour les candidats adoptants qui ont déjà entamé la préparation à l'adoption au moment de l'entrée en vigueur du présent décret, celle-ci doit se poursuivre conformément aux dispositions applicables avant son entrée en vigueur.

**Art. 66.** Entrée en vigueur

Le présent décret produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2020.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 27 avril 2020.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et du Sport,  
de l'Emploi et des Médias

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation  
et de la recherche scientifique

Session 2019-2020

Documents parlementaires : 51 (2019-2020) n° 1 *Projet de décret*

51 (2019-2020) n° 2 *Propositions d'amendement*

51 (2019-2020) n° 3 *Rapport*

51 (2019-2020) n° 4 *Texte adopté en séance plénière*

Compte rendu intégral : 27 avril 2020 - n° 11 *Discussion et vote*

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202407]

### 27 APRIL 2020. — Decreet betreffende de adoptie van kinderen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

#### HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** Toepassingsgebied

De bepalingen van dit decreet zijn van toepassing op alle adopties, voor zover een van de betrokken natuurlijke personen of rechtspersonen zijn woonplaats of zijn vestigingsplaats in het Duitse taalgebied heeft.

**Art. 2.** Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

**Art. 3.** Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° adoptant : de persoon vermeld in artikel 343, § 1, a), van het Burgerlijk Wetboek die een in België of in het buitenland geboren kind geadopteerd heeft;

2° kandidaat-adoptant : de persoon vermeld in artikel 343, § 1, a), van het Burgerlijk Wetboek die een adoptieprocedure begint of doorloopt om een in België of in het buitenland geboren kind te adopteren;

3° adoptiedienst : een overeenkomstig artikel 12 erkende, privaatrechtelijke of publiekrechtelijke rechtspersoon die actief is als adoptiebemiddelaar;

4° Algemene Verordening Gegevensbescherming : de Verordening 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG;

5° Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 : het verdrag van 29 mei 1993 inzake de internationale samenwerking en de bescherming van kinderen op het gebied van de interlandelijke adoptie;

6° interlandelijke adoptie : elke adoptie die de interlandelijke overbrenging van een kind overeenkomstig de artikelen 360-2 en 365-6 van het Burgerlijk Wetboek tot gevolg heeft;

7° binnenlandse adoptie : elke adoptie die geen interlandelijke overbrenging van een kind tot gevolg heeft;

8° kind : persoon die de volle leeftijd van achttien jaar nog niet bereikt heeft;

9° ZBGA : de centrale autoriteit van de gemeenschap inzake adoptie vermeld in artikel 6.

**Art. 4.** Beginsel van de adoptie

Adoptie heeft tot doel een geschikt gezin te vinden voor een kind en heeft niet tot doel een kind te vinden voor een gezin.

Het decreet moet in overeenstemming met het subsidiariteitsbeginsel voor adoptie en het tweeledige subsidiariteitsbeginsel voor interlandelijke adoptie worden toegepast.

In het kader van dit decreet waarborgt de Duitstalige Gemeenschap in het bijzonder de volgende beginselen :

1° de adoptie geschiedt in het belang van het kind en met inachtneming van zijn grondrechten;

2° bij de adoptieprocedure worden de grondrechten van elke betrokken persoon geëerbiedigd;

- 3° de toegang tot de adoptieprocedure wordt zonder discriminatie gewaarborgd;
- 4° de biologische ouders krijgen een kwalitatief hoogstaande advisering en ondersteuning aangeboden;
- 5° de kandidaat-adoptanten krijgen een kwalitatief hoogstaande voorlichting en voorbereiding op de adoptie aangeboden;
- 6° de adoptanten en de geadopteerden krijgen een kwalitatief hoogstaande adoptiebegeleiding en nazorg aangeboden.

**Art. 5.** Samenwerking met andere Belgische autoriteiten

De in artikel 24, §§ 2 en 3, artikel 25 § 1, artikelen 26, 44, 45, 50, 51, 55 en 56 vermelde taken en/of activiteiten die in het kader van een samenwerkingsakkoord uitgevoerd worden door andere Belgische autoriteiten of door diensten die door die overheden erkend zijn, kunnen gelijkgesteld worden met de taken en/of activiteiten die uitgevoerd worden door de ZBGA of door de door de Duitstalige Gemeenschap erkende adoptiediensten.

De Regering bepaalt de nadere regels voor ondersteuning van kandidaat-adoptanten die bij een adoptiedienst van een andere Belgische autoriteit op taalproblemen stuiten.

HOOFDSTUK 2. — *Centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie*

**Art. 6.** Oprichting van de centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie

De Regering richt een centrale autoriteit van de gemeenschap voor adoptie op, hierna ZBGA genoemd.

**Art. 7.** Samenstelling van de ZBGA

§ 1 - De ZBGA bestaat uit een directeur, een sociale dienst en een administratie.

§ 2 - De directeur heeft minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld diploma en minstens drie jaar beroepservaring in de sociale sector.

De sociale dienst bestaat uit één of meer medewerkers. Die medewerkers hebben minstens een bachelordiploma uit een sociale richting.

De administratie bestaat uit één of meer medewerkers. Die medewerkers hebben minstens een diploma van het hoger secundair onderwijs.

§ 3 - De uitoefening van de functie van directeur, medewerker van de sociale dienst, medewerker van de administratie van de ZBGA, regeringslid en kabinetspersoneelslid is onverenigbaar met de hoedanigheid van lid van een instantie die een adoptiedienst organiseert en is onverenigbaar met de functie van medewerker van een adoptiedienst.

**Art. 8.** Taken van de ZBGA

De taken van de ZBGA omvatten in het bijzonder het volgende:

- 1° informatie over adoptie en over de adoptieprocedure in het Duitse taalgebied verstrekken en publiceren;
- 2° de adoptiediensten begeleiden, coördineren, toezicht op de adoptiediensten uitoefenen en ze evalueren;
- 3° eventuele, in het kader van de adoptieprocedure optredende klachten van kandidaat-adoptanten of adoptanten onderzoeken;
- 4° de voorbereiding op de adoptie organiseren;
- 5° de maatschappelijke onderzoeken voeren overeenkomstig de artikelen 1231-1/4, 1231-1/11, § 3, 1231-6, eerste lid, 1231-10, eerste lid, 3°, 1231-35 en 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek en verzenden aan de autoriteiten die deze onderzoeken hebben bevolen;
- 6° optreden als adoptiebemiddelaar in het kader van de interlandelijke adoptie vermeld in artikel 47;
- 7° de kandidaat-adoptanten tijdens de hele adoptieprocedure begeleiden;
- 8° met toepassing van artikel 363-1 van het Burgerlijk Wetboek het recht op contact verlenen tussen de adoptant en de familie van het kind of elke andere persoon die het ouderlijk gezag over het kind uitoefent of wiens instemming met de adoptie vereist is;
- 9° informatie verstrekken aan de biologische ouders;
- 10° nazorg bieden aan de geadopteerden en aan de adoptanten;
- 11° de informatie over de herkomst van de geadopteerden bewaren en toegang tot die informatie waarborgen;
- 12° samenwerken met alle internationale, federale, op het niveau van de gemeenschappen of de gewesten bestaande of lokale autoriteiten voor zover dit voor de uitvoering van hun taken noodzakelijk is;
- 13° een kwaliteitshandboek maken;
- 14° de bevoegdheden uitoefenen die vermeld worden in de artikelen 4, 5, 7, 8, 9, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 30 en 33 van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993, de artikelen 361-3 tot 361-6, 362-1 tot 362-4, 363-2 tot 363-4 en 368-6 tot 368-8 van het Burgerlijk Wetboek en de artikelen 1231-1/11 tot 1231-1/14, 1231-34 en 1231-42 van het Gerechtelijk Wetboek.

De Regering kan nog andere taken bepalen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kunnen bijdragen.

**Art. 9.** Kwaliteitshandboek van de ZBGA

De ZBGA maakt een kwaliteitshandboek. Dat omvat, met inachtneming van de bepalingen van dit decreet, minstens de volgende gegevens :

- 1° de manier waarop de ZBGA tijdens de hele adoptieprocedure te werk gaat;
- 2° de criteria voor kwaliteitsbewaking;
- 3° de missie en visie van de ZBGA.

Het handboek wordt uiterlijk om de twee jaar aangepast aan de wettelijke en maatschappelijke ontwikkelingen.

**Art. 10.** Jaarverslag van de ZBGA

De Regering bezorgt het Parlement elk jaar een verslag over de toepassing van de in dit decreet vermelde taken van de ZBGA tijdens het vorige jaar.

HOOFDSTUK 3. — *Adoptiediensten**Afdeling 1. — Erkenning***Art. 11.** Erkenningsvoorwaarden

Om een kwalitatief hoogstaande adoptiebemiddeling door de adoptiediensten veilig te stellen, moet elke adoptiedienst die in het Duitse taalgebied werkzaam is, door de Regering erkend zijn voordat hij van start gaat en moet hij minstens aan de volgende voorwaarden voldoen :

- 1° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of een publiekrechtelijke rechtspersoon zijn;
- 2° gevestigd zijn in het Duitse taalgebied;
- 3° de adoptiebemiddeling, de adoptiebegeleiding en de nazorg, alsook andere diensten inzake adoptie aanbieden;
- 4° het belang van het kind en zijn nationale en internationale grondrechten in acht nemen;
- 5° over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;
- 6° voldoen aan de door de Regering vastgelegde voorwaarden inzake infrastructuur en werkwijze;
- 7° de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan naleven;
- 8° aanvaarden dat de Regering en de ZBGA toezicht uitoefenen op de toepassing van dit decreet en op de uitvoeringsbesluiten ervan;
- 9° de medewerkers van de adoptiedienst hebben geen vermelding in het Strafrechtregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die hen onder meer verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder kinderbescherming valt en bezorgen het dienovereenkomstige uittreksel uit het Strafrechtregister aan de adoptiedienst.

**Art. 12.** Erkenningsprocedure

§ 1 - Adoptiediensten die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een schriftelijke aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 11 vervuld zijn. De Regering kan bepalen dat de aanvraag om erkenning nog andere gegevens moet bevatten, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kunnen bijdragen.

Elke adoptiedienst kan de erkenning vragen voor binnenlandse adoptie, voor interlandelijke adoptie of voor beide vormen van adoptie.

§ 2 - De erkenning wordt verleend voor een periode van zes jaar en kan worden verlengd.

De erkenning kan niet worden overgedragen aan een andere adoptiedienst.

§ 3 - De erkende adoptiediensten dienen een nieuwe aanvraag of, naargelang van het geval, gedeeltelijke aanvraag om erkenning in :

- 1° uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt;
- 2° indien vastgesteld wordt dat de gegevens die in de erkenning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden.

§ 4 - De Regering bepaalt :

- 1° de erkenningsprocedures;
- 2° de procedures om de erkenning te wijzigen;
- 3° de procedures om de erkenning te verlengen;
- 4° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

**Art. 13.** Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de erkende adoptiediensten de verplichtingen vermeld in dit decreet na, met inbegrip van de voorwaarden vermeld in artikel 11 die aan de erkenning ten grondslag liggen.

De Regering kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning opleggen, voor zover die tot een verbetering van de kwaliteit van de adoptiebemiddeling kunnen bijdragen.

**Art. 14.** Schorsing en intrekking van de erkenning

§ 1 - Indien de erkende adoptiedienst één of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de erkende adoptiedienst, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning en/of trekt ze de erkenning in.

§ 2 - De Regering bepaalt :

- 1° de procedures om de erkenning te schorsen;
- 2° de procedures om de erkenning in te trekken;
- 3° de beroepsmogelijkheden in geval van schorsing en/of intrekking van de erkenning.

§ 3 - Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure kan de adoptiedienst alleen aan adoptiebemiddeling doen voor personen die al een beroep deden op de adoptiebemiddeling voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht. De adoptiedienst moet de kandidaat-adoptanten mededelen waarom de erkenning geschorst werd of waarom de intrekkingprocedure gestart werd.

De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor de mededeling vermeld in het eerste lid.

**Art. 15.** Beëindiging van de adoptiebemiddeling

Onverminderd een vrijwillige stopzetting van de adoptiebemiddeling door de kandidaat-adoptanten hebben de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 14 of in voorkomend geval het verstrijken van de voor een bepaalde duur verleende erkenning van een adoptiedienst de beëindiging van alle adoptiebemiddelingen van de adoptiedienst in kwestie tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedures om de adoptiebemiddeling te beëindigen.

*Afdeling 2. — Subsidiëring***Art. 16.** Subsidiëring

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de door haar bepaalde voorwaarden, aan de erkende adoptiediensten subsidie voor personeels- en werkingskosten toekennen voor de uitvoering van de taken vermeld in artikel 11, 3°.

**Art. 17.** Controle van de subsidies

De aanwending van de subsidies die ter uitvoering van dit decreet worden toegekend, wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

*Afdeling 3. — Overeenkomst***Art. 18.** Inhoud

De subsidiëring vermeld in artikel 16 en een gedetailleerde taakbeschrijving worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering en de erkende adoptiedienst.

De Regering stelt het kader en de verdere inhoud van de overeenkomst vast.

**Art. 19.** Duur

De overeenkomst heeft een looptijd van minstens één jaar en hoogstens zes jaar. Voor zover de adoptiedienst nog altijd erkend is, kan de overeenkomst na het verstrijken van de looptijd verlengd worden.

*Afdeling 4. — Internationale samenwerking***Art. 20.** Goedkeuringsprocedure

§ 1 - Adoptiediensten die een samenwerking in het buitenland tot stand willen brengen, delen dat mee aan de ZBGA. Daarna hebben ze zes maanden de tijd om, aangetekend of in elektronische vorm met ontvangstbewijs, een volledige aanvraag in te dienen bij de Regering.

De Regering bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of -naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

De aanvraag om internationale samenwerking bevat het volgende:

- 1° de in het Duits vertaalde wettelijke bepalingen van de betrokken Staat of deelstaat op het gebied van adoptie;
- 2° de gegevens van de buitenlandse autoriteiten van de betrokken Staat of deelstaat die bevoegd zijn voor adoptie, alsook de gegevens van alle instellingen, diensten, verenigingen of personen die met de adoptiedienst kunnen samenwerken, hierna 'partners' genoemd;
- 3° een ingevulde vragenlijst over de betrokken Staat of deelstaat;
- 4° een verslag over het bezoek in de betrokken Staat of deelstaat.

De Regering legt het model van de vragenlijst vermeld in het derde lid, 3°, vast.

§ 2 - De Regering belast de ZBGA met het onderzoek van de aanvraag om internationale samenwerking. De ZBGA gaat na of de partners vermeld in § 1, derde lid, 2°, en de betrokken Staat of deelstaat :

- 1° het toepasselijke recht en de krachtens het internationaal recht aan het kind toegekende grondrechten eerbiedigen;
- 2° de herkomst, de adopteerbaarheid en het belang van het kind waarborgen;
- 3° het subsidiariteitsbeginsel naleven bepaald in artikel 21 van het Verdrag van 20 november 1989 inzake de Rechten van het Kind en in artikel 4 van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993;
- 4° het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993, het Verdrag van 19 oktober 1996 betreffende de bevoegdheid, het toepasselijke recht, de erkenning, de tenuitvoerlegging en de samenwerking op het gebied van ouderlijke verantwoordelijkheid en maatregelen ter bescherming van kinderen hebben ondertekend of een samenwerkingsakkoord dat met de beginselen van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 en met artikel 167 van de Grondwet overeenstemt, hebben ondertekend;
- 5° de financiële transparantie van de procedure waarborgen;
- 6° de activiteit van de adoptiedienst in zijn Staat of deelstaat goedkeuren.

De ZBGA wisselt alle relevantie informatie over de aanvraag vermeld in § 1, eerste lid, uit met de federale centrale autoriteit en met de 'Commissie van overleg en opvolging' vermeld in artikel 12 van het Samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie. Als die aanvraag betrekking heeft op een Staat of deelstaat waar adopties worden uitgesproken en als die adoptie in aansluiting daarop onderworpen wordt aan een erkenningsprocedure door de federale centrale autoriteit, dan is een voorafgaand overleg met de federale centrale autoriteit vereist.

§ 3 - Als de aanvraag voldoet aan de voorwaarden vermeld in § 2, eerste lid, dan bezorgt de ZBGA binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige aanvraag een advies aan de Regering. Als na afloop van die termijn geen advies is gegeven of als de aanvraag onvolledig is, wordt het advies als negatief beschouwd.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van de ZBGA, of de internationale samenwerking wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

**Art. 21.** Schorsing, intrekking en aanvullende voorwaarden

Als de voorwaarden vermeld in artikel 20, § 2, eerste lid, niet worden nageleefd of als de situatie in de Staat of deelstaat dit rechtvaardigt, deelt de Regering aan de betrokken adoptiedienst aangetekend mee dat zij van plan is om :

- 1° de overeenkomstig artikel 20, § 3, tweede lid, verleende goedkeuring tijdelijk te schorsen;
- 2° of de goedkeuring in te trekken;
- 3° of aanvullende voorwaarden voor de voortzetting van de goedgekeurde internationale samenwerking op te leggen.

De adoptiedienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van het voornemen vermeld in het eerste lid, bij de Regering een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van het voornemen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

De Regering beslist binnen dertig dagen na de in het tweede lid vermelde hoorzitting :

1° over de schorsing van de goedkeuring en de duur van die schorsing;

2° of over de intrekking van de goedkeuring;

3° of over de naleving van de aanvullende voorwaarden voor de voortzetting van de goedgekeurde internationale samenwerking.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de adoptiedienst.

Na ontvangst van de beslissing vermeld in het derde lid deelt de adoptiedienst de kandidaat-adoptanten die reeds bij hem aangemeld waren voordat de beslissing ter kennis werd gebracht, zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom de goedkeuring wordt geschorst of wordt ingetrokken.

#### **Art. 22.** Evaluatieverslag

De adoptiedienst maakt jaarlijks een evaluatieverslag over zijn internationale samenwerking van het vorige jaar. Dat verslag wordt uiterlijk op 1 mei aan de Regering voorgelegd.

De adoptiedienst deelt de geldende wettelijke bepalingen mee aan de partners vermeld in artikel 20, § 1, derde lid, 2°.

### HOOFDSTUK 4. — *Een kind afstaan voor adoptie*

#### *Afdeling 1. — Rol ten aanzien van de biologische ouders*

#### **Art. 23.** Informatieverstrekking aan de biologische ouders

§ 1 - Met toepassing van artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek verstrekt de ZBGA aan de biologische ouders van een geboren of nog ongeborn kind informatie over de juridische en psychologische gevolgen van adoptie, alsook over alternatieven voor adoptie.

Zo nodig verwijst de ZBGA hen door naar gespecialiseerde instellingen.

§ 2 - Zodra de biologische ouders niet meer in het belang van het kind voor het kind kunnen zorgen en zolang de in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek vermelde toestemming van de biologische ouders om het kind af te staan voor adoptie nog niet is gegeven, neemt de ZBGA, in het kader van de door de Regering vastgelegde voorwaarden, passende maatregelen in het belang van het kind.

#### **Art. 24.** Het kind afstaan voor adoptie

§ 1 - Als de biologische ouders hun voornemen om het kind af te staan voor adoptie bevestigen, geven ze de ZBGA schriftelijk opdracht om die afstand voor adoptie te regelen.

§ 2 - De ZBGA wint bij de biologische ouders de gegevens vermeld in artikel 368-6, eerste lid, van het Burgerlijk Wetboek in om de geadopteerde later de mogelijkheid te bieden om zijn herkomst te achterhalen. Die inlichtingen worden opgenomen in het in artikel 25 vermelde verslag over het te adopteren kind.

§ 3 - De ZBGA ondersteunt de biologische ouders bij de juridische en administratieve stappen die verband houden met de adoptie van het kind en biedt tijdens de hele adoptieprocedure psychologische ondersteuning.

De ZBGA ziet erop toe dat de biologische ouders, als ze toestemming met de adoptie geven, passend ingelicht worden over de juridische en psychologische gevolgen van de adoptie.

Ook nadat de adoptie is uitgesproken, blijft de ZBGA overeenkomstig artikel 55, eerste lid, 1°, ter beschikking staan van de biologische ouders voor ondersteuning en advies.

§ 4 - De ZBGA kan de taken vermeld in de §§ 2 en 3 geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

#### **Art. 25.** Verslag over het te adopteren kind

§ 1 - De ZBGA, die door de biologische ouders overeenkomstig artikel 24 met de opdracht belast werd, stelt een verslag over het te adopteren kind op.

Dat verslag bevat de volgende gegevens :

1° de identiteit van het kind;

2° de adopteerbaarheid van het kind;

3° de sociale omgeving van het kind;

4° de persoonlijke ontwikkeling van het kind en van zijn gezin;

5° de medische voorgeschiedenis van het kind en van zijn gezin;

6° de specifieke behoeften van het kind.

De Regering legt het model van het verslag vast.

Op basis van dat verslag zoekt de ZBGA voor elk kind de kandidaat-adoptanten die het best beantwoorden aan de kenmerken en behoeften van dat kind.

§ 2 - De ZBGA kan de taken vermeld in § 1 geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

#### *Afdeling 2. — Rol ten aanzien van het te adopteren kind*

#### **Art. 26.** Begeleiding van het te adopteren kind

Het kind wordt door de ZBGA begeleid en op de adoptie voorbereid. De ZBGA verricht minstens één bezoek aan huis binnen de eerste drie maanden na de aankomst van het kind bij de adoptanten. Vervolgens, tot de adoptie uitgesproken is, organiseert de ZBGA om de zes maanden een ontmoeting met de adoptanten.

De ZBGA blijft overeenkomstig artikel 55, eerste lid, ter beschikking staan van de adoptanten voor ondersteuning en advies.

De ZBGA kan de taken vermeld in het eerste en het tweede lid geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

HOOFDSTUK 5. — *Verskillende fasen van de adoptieprocedure**Afdeling 1. — Inschrijving en voorbereiding***Art. 27.** Informatiegesprek

§ 1 - Elke adoptieprocedure begint met een persoonlijk informatiegesprek in de ZBGA. In het kader van dat gesprek krijgen de kandidaat-adoptanten algemene informatie over adoptie en over de adoptieprocedure.

§ 2 - De ZBGA bezorgt een vragenlijst aan de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 47.

De vragenlijst bevat de volgende gegevens over :

1° de kandidaat-adoptanten :

- a. identiteit;
- b. gezinssituatie;
- c. gezinsverleden;
- d. geschiktheidsvonnis;
- e. contactgegevens;

2° het te adopteren kind :

- a. identiteit;
- b. gezinssituatie;
- c. gezinsverleden;
- d. biologische ouders;
- e. contactgegevens;

3° de biologische ouders van het te adopteren kind :

- a. identiteit;
- b. gezinssituatie;
- c. gezinsverleden;
- d. contactgegevens;

4° het contact van de kandidaat-adoptanten met het te adopteren kind.

De Regering legt het model van de vragenlijst vast.

**Art. 28.** Inschrijvingsformulier

In het kader van het in artikel 27, § 1, vermelde informatiegesprek verstrekt de ZBGA aan de kandidaat-adoptanten een inschrijvingsformulier om deel te nemen aan de voorbereiding op de adoptie.

Het inschrijvingsformulier omvat :

- 1° gegevens over de identiteit van de kandidaat-adoptanten;
- 2° de contactgegevens van de kandidaat-adoptanten;
- 3° gegevens over de gezinssituatie van de kandidaat-adoptanten;
- 4° gegevens over het adoptieproject.

De Regering legt het model van het inschrijvingsformulier vast.

Nadat de ZBGA het ingevulde inschrijvingsformulier ontvangen heeft, bezorgt ze de kandidaat-adoptanten een inschrijvingsbevestiging en deelt ze hun mee wanneer de voorbereiding op de adoptie begint.

**Art. 29.** Voorwaarden

Kandidaat-adoptanten die zich willen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie, moeten voldoen aan de voorwaarden inzake burgerlijke staat en leeftijd bepaald in artikel 343, § 1, en artikel 345 van het Burgerlijk Wetboek. De ZBGA onderzoekt die voorwaarden en opent bij elke inschrijving een persoonlijk dossier.

De Regering stelt de lijst op van de documenten die moeten worden ingediend om zich te kunnen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie.

**Art. 30.** Uitzonderingen

De ZBGA weigert de kandidaat-adoptant in te schrijven voor de voorbereiding op de adoptie als :

1° de kandidaat-adoptant in het kader van de in artikel 365-6 van het Burgerlijk Wetboek bedoelde regularisatieprocedure geen toestemming heeft gekregen van de federale centrale autoriteit om de adoptieprocedure bepaald in artikel 361-1 van het Burgerlijk Wetboek in te leiden;

2° aan de kandidaat-adoptant een kind werd toevertrouwd uit een staat van herkomst die noch adoptie, noch plaatsing met het oog op adoptie kent, zonder dat de bepalingen van artikel 361-5 van het Burgerlijk Wetboek werden nageleefd.

Als de kandidaat-adoptanten vermeld in het eerste lid zich willen laten inschrijven voor de voorbereiding op de adoptie van een onbekend kind, vermeldt de ZBGA op het deelnemingsattest vermeld in artikel 34 dat dit attest niet gebruikt mag worden voor de adoptie van het kind vermeld in het eerste lid.

Als een kandidaat-adoptant zich laat inschrijven voor de voorbereiding op adoptie, hoewel hij binnen het toepassingsgebied van de artikelen 363-1 tot 363-3 van het Burgerlijk Wetboek valt, vermeldt de ZBGA dit op het deelnemingsattest vermeld in artikel 34 en stelt ze de bevoegde familierechtbank in kennis.

**Art. 31.** Voorbereiding op de adoptie

De voorbereiding op de adoptie wordt georganiseerd door de ZBGA.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de voorbereiding op de adoptie geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt onder welke voorwaarden een externe voorbereiding op de adoptie of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen gelijkgesteld kan worden met de voorbereiding die door de ZBGA wordt aangeboden.

**Art. 32.** Doel van de voorbereiding op de adoptie

De voorbereiding op de adoptie heeft tot doel de kandidaat-adoptanten in te lichten over de juridische, contextuele, culturele, ethische en menselijke aspecten van adoptie en hen bewust te laten worden van de psychologische, familiale en relationele uitdagingen van de adoptierelatie.

**Art. 33.** Programma's van de voorbereiding op de adoptie

§ 1 - De Regering bepaalt de nadere regels en de duur van de voorbereiding op de adoptie vermeld in artikel 31, het bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten betalen, alsook de manier waarop die bijdrage wordt overgeschreven.

§ 2 - Voor een intrafamiliale adoptie, de adoptie van een tweede kind, de adoptie van een kind met een beperking of personen die al aan een voorbereiding op een adoptie of een andere vorm van voorbereiding hebben deelgenomen, kan de Regering voorzien in specifieke programma's voor de voorbereiding op de adoptie.

Gehuwde of wettelijk samenwonende kandidaat-adoptanten moeten samen deelnemen aan de voorbereidende programma's vermeld in het eerste lid.

**Art. 34.** Deelnemingsattest dat bewijst dat de voorbereiding op de adoptie werd voltooid

Nadat de kandidaat-adoptanten de voorbereiding op de adoptie voltooid hebben, geeft de ZBGA hen een deelnemingsattest. Dat attest bevestigt dat de voorbereiding op de adoptie werd gevolgd overeenkomstig artikel 346-2, eerste lid, en artikel 361-1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek.

Het deelnemingsattest dat bewijst dat de voorbereiding op de adoptie werd voltooid is achttien maanden geldig en bevat :

- 1° de namen en voornamen van de kandidaat-adoptanten;
- 2° de geboorteplaats en geboortedatum van de kandidaat-adoptanten;
- 3° de nationaliteit van de kandidaat-adoptanten;
- 4° de burgerlijke staat van de kandidaat-adoptanten.

*Afdeling 2. — Maatschappelijke onderzoeken***Art. 35.** Maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten

De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek naar de geschiktheid van de kandidaat-adoptanten uit dat met toepassing van artikel 1231-1/4, artikel 1231-1/11, § 3, en artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek door de familierechtbank wordt bevolen.

Overeenkomstig artikel 1231-1/4, artikel 1231-1/11, § 3, en artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek wordt een door de ZBGA aangewezen psycholoog geraadpleegd.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het voeren van het maatschappelijk onderzoek, het bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten betalen, alsook de manier waarop die bijdrage wordt overgeschreven.

**Art. 36.** Maatschappelijk onderzoek naar het belang van het kind om geadopteerd te worden

§ 1 - De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek naar het belang van het kind om geadopteerd te worden uit; dit maatschappelijk onderzoek wordt door de familierechtbank met toepassing van artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek bevolen.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

§ 2 - De Regering wijst aan welke diensten met toepassing van artikel 1231-6, eerste lid, van het Gerechtelijk Wetboek om advies verzocht kunnen worden.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering voor het verstrekken van dat advies.

§ 3 - Als de familierechtbank het maatschappelijk onderzoek vermeld in § 1 beveelt, zendt de ZBGA de informatie vermeld in artikel 348-4 van het Burgerlijk Wetboek over aan de biologische ouders.

**Art. 37.** Maatschappelijk onderzoek over de beoordeling van de bekwaamheid van het kind

De ZBGA voert het grondige onderzoek over de beoordeling van de bekwaamheid van het kind om zijn mening te uiten over het adoptieproject; dat onderzoek wordt door de familierechtbank met toepassing van artikel 1231-10, eerste lid, 3°, van het Gerechtelijk Wetboek bevolen.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

**Art. 38.** Maatschappelijk onderzoek in het kader van een beroepsprocedure

De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek uit dat door de familiekamer van het hof van beroep met toepassing van artikel 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek wordt bevolen.

Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek kan de ZBGA zo nodig een beroep doen op deskundigen die per prestatie worden vergoed.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

**Art. 39.** Maatschappelijk onderzoek naar de weigering om toe te stemmen in de adoptie

Het bevoegde justitiehuis voert het maatschappelijk onderzoek vermeld in artikel 348-11, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek uit.

**Art. 40.** Maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind bij een interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben

§ 1 - De ZBGA voert het maatschappelijk onderzoek uit dat door de familierechtbank met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek wordt bevolen.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek.

§ 2 - De Regering wijst de diensten aan die met toepassing van artikel 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek om advies verzocht kunnen worden.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de financiering voor het verstrekken van dat advies.

*Afdeling 3. — Adoptiebemiddeling via een adoptiedienst*

## Onderafdeling 1. — Algemene bepalingen

**Art. 41.** Doel van de adoptiebemiddeling

Adoptiebemiddeling heeft tot doel vast te stellen welke kandidaat-adoptanten het best beantwoorden aan de eigenschappen en behoeften van de te adopteren kinderen.

Voor de adoptiebemiddeling moeten de kandidaat-adoptanten begeleid worden door een erkende adoptiedienst, behalve in de situaties vermeld in artikel 47 van dit decreet en in artikel 346-1/1, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek.

**Art. 42.** Overeenkomst

Wanneer een adoptiedienst de adoptiebemiddeling overneemt, sluit de adoptiedienst een overeenkomst met de kandidaat-adoptanten waarin minstens de nadere regels voor de verdere samenwerking en de bijdrage in de kosten worden vastgelegd.

De Regering legt het model van de overeenkomst vast.

Kandidaat-adoptanten die al een overeenkomst ondertekend hebben, mogen nog een andere adoptiebemiddeling alleen initiëren als ze daartoe een met redenen omklede schriftelijke toestemming van de ZBGA hebben.

**Art. 43.** Overzending van het voorstel voor een kind

Voordat de adoptiedienst een voorstel voor een kind verzendt aan de kandidaat-adoptanten, moet de ZBGA met dat voorstel instemmen. Daartoe onderzoekt de ZBGA de correcte toepassing van de wettelijke bepalingen, alsook de juridische en psychologische adopteerbaarheid van het kind op basis van de verslagen over het kind, vermeld in artikel 25 van dit decreet, alsook vermeld in artikel 361-3, 2°, a), of in artikel 361-5, 1°, van het Burgerlijk Wetboek.

## Onderafdeling 2. — Extrafamiliale binnenlandse adoptie

**Art. 44.** Procedure

§ 1 - De kandidaat-adoptanten die beschikken over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 van het Gerechtelijk Wetboek, richten zich voor de bemiddeling bij de adoptie van een kind in het kader van een extrafamiliale binnenlandse adoptie tot een erkende adoptiedienst.

De adoptiedienst organiseert een kosteloos informatiesprek, waarin hij de kandidaat-adoptanten onder meer een uiteenzetting geeft over zijn taken, zijn algemene werkwijze, zijn werkmethode, zijn filosofie, de van hen verwachte openheid omtrent het profiel van de kinderen die zouden kunnen worden geadopteerd en zijn samenwerkingsverbanden in België.

In het kader van dat gesprek ontvangen de kandidaat-adoptanten een ontwerp van de overeenkomst vermeld in artikel 42.

§ 2 - Als de kandidaat-adoptanten de adoptiedienst schriftelijk verzoeken om hun adoptieproject voor te zetten, onderzoekt de adoptiedienst :

1° of de wettelijke bepalingen vervuld zijn;

2° het aantal beschikbare plaatsen op de wachtlijst m.b.t. het aantal kinderen die zouden kunnen worden geadopteerd;

3° het geschiktheidsvonnis van de familierechtbank en het advies van het openbaar ministerie vermeld in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek.

De adoptiedienst deelt de kandidaat-adoptanten binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het verzoek vermeld in het eerste lid, in een met redenen omklede beslissing schriftelijk mee of het verzoek ontvankelijk is of niet. De ZBGA ontvangt een kopie van die beslissing.

Als hun verzoek niet-ontvankelijk is, kunnen kandidaat-adoptanten beroep instellen bij de ZBGA. De ZBGA onderzoekt het dossier en bevestigt de beslissing van de adoptiedienst of maant de adoptiedienst aan om het verzoek ontvankelijk te verklaren.

§ 3 - Als het verzoek ontvankelijk is, voert de adoptiedienst binnen vier maanden na de beslissing vermeld in § 2, tweede lid, een psycho-medisch-sociaal onderzoek uit dat een gesprek met de kandidaat-adoptanten op hun woonplaats, twee psychologische gesprekken en één medisch onderzoek omvat.

Dat psycho-medisch-sociaal onderzoek heeft betrekking op :

1° de gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten;

2° de psychosociale bekwaamheden van de kandidaat-adoptanten;

3° de van de kandidaat-adoptanten verwachte openheid omtrent het profiel van de kinderen die zouden kunnen worden geadopteerd;

4° de juridische, psychologische, familiale en relationele gevolgen van het adoptieproject voor het levensproject van de kandidaat-adoptanten en het te adopteren kind.

§ 4 - De adoptiedienst deelt de kandidaat-adoptanten binnen een termijn van dertig dagen na het psycho-medisch-sociaal onderzoek in een met redenen omklede beslissing schriftelijk mee of het adoptieproject kan worden voortgezet of niet. De ZBGA ontvangt een kopie van die beslissing.

Als de adoptiedienst de voortzetting van het adoptieproject goedkeurt, zet hij de bemiddeling voort en sluit hij de overeenkomst vermeld in artikel 42 met de kandidaat-adoptanten.

Als de adoptiedienst de voortzetting van het adoptieproject weigert, biedt hij de kandidaat-adoptanten een gesprek aan waarin hij uitlegt waarom hij dit weigert.

De Regering bepaalt het maximale bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten van de adoptiebemiddeling en het psycho-medisch-sociaal onderzoek vermeld in § 3 betalen, alsook hoe die bijdrage in de kosten wordt overgeschreven.

§ 5 - De adoptiedienst staat ter beschikking van de kandidaat-adoptanten tijdens de verdere procedure en ondersteunt hen tijdens de wachttijd.

Hij heeft in het bijzonder de volgende taken :

1° elk jaar minstens één psycho-medisch-sociaal evaluatiegesprek organiseren;

2° zodra een bepaald kind aan de kandidaat-adoptanten kan worden voorgesteld en nadat de ZBGA met dat 'voorstel voor een kind' heeft ingestemd, met de kandidaat-adoptanten een gesprek voeren, waarbij wordt ingegaan op de elementen van het in artikel 25 vermelde 'verslag over het kind';



3° de kandidaat-adoptanten, na hun schriftelijke instemming met het voorstel voor een kind, voorbereiden op het opnemen van het kind en veiligstellen dat alle juridische en administratieve maatregelen voor het verblijf van het kind bij de kandidaat-adoptanten vervuld zijn;

4° de kandidaat-adoptanten tijdens de procedure voor de familierechtbank adviseren en ondersteunen;

5° het in artikel 25 vermelde verslag over het kind, alsook een verslag van het in artikel 56, eerste lid, 2°, vermelde huisbezoek aan de familierechtbank bezorgen.

#### Onderafdeling 3. — Extrafamiliale interlandelijke adoptie

##### Art. 45. Procedure

§ 1 - De kandidaat-adoptanten die beschikken over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 van het Gerechtelijk Wetboek, richten zich voor de bemiddeling bij de adoptie van een kind in het kader van een extrafamiliale interlandelijke adoptie tot een erkende adoptiedienst.

De adoptiedienst organiseert een kosteloos informatiegesprek, waarin hij de kandidaat-adoptanten onder meer een uiteenzetting geeft over zijn taken, zijn algemene werkwijze, zijn werkmethoden, zijn filosofie, de van hen verwachte openheid omtrent het profiel van de kinderen die zouden kunnen worden geadopteerd en over zijn samenwerkingsverbanden in het buitenland.

In het kader van dat gesprek ontvangen de kandidaat-adoptanten:

1° documenten over adoptie in de Staten of deelstaten waarmee de adoptiedienst samenwerkt;

2° een ontwerpversie van de overeenkomst vermeld in artikel 42.

§ 2 - Als de kandidaat-adoptanten de adoptiedienst schriftelijk verzoeken om hun adoptieproject in één of meer bepaalde Staten of deelstaten voort te zetten, onderzoekt de adoptiedienst:

1° of de wettelijke bepalingen vervuld zijn;

2° de adoptievoorwaarden van de Staten of deelstaten waarmee hij samenwerkt;

3° het geschiktheidsvonnis van de familierechtbank en het advies van het openbaar ministerie vermeld in artikel 1231-1/5 van het Gerechtelijk Wetboek;

4° het aantal beschikbare plaatsen op de wachtlijst, rekening houdend met de behoeften van de Staten van herkomst.

De adoptiedienst deelt de kandidaat-adoptanten binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het verzoek vermeld in het eerste lid, in een met redenen omklede beslissing schriftelijk mee of het verzoek ontvankelijk is of niet. De ZBGA ontvangt een kopie van die beslissing.

Als hun verzoek niet-ontvankelijk is, kunnen kandidaat-adoptanten beroep instellen bij de ZBGA. De ZBGA onderzoekt het dossier en bevestigt de beslissing van de adoptiedienst of maant de adoptiedienst aan om het verzoek ontvankelijk te verklaren.

§ 3 - Als het verzoek ontvankelijk is, voert de adoptiedienst binnen vier maanden na de beslissing vermeld in § 2, tweede lid, een psycho-medisch-sociaal onderzoek uit dat een gesprek met de kandidaat-adoptanten op hun woonplaats, twee psychologische gesprekken en één medisch onderzoek omvat.

Dat psycho-medisch-sociaal onderzoek heeft betrekking op :

1° de gezondheidstoestand van de kandidaat-adoptanten;

2° de psychosociale bekwaamheden van de kandidaat-adoptanten;

3° de van de kandidaat-adoptanten verwachte openheid omtrent het profiel van de kinderen die zouden kunnen worden geadopteerd;

4° de juridische, psychologische, familiale en relationele gevolgen van het adoptieproject voor het levensproject van de kandidaat-adoptanten en van het te adopteren kind.

§ 4 - De adoptiedienst deelt de kandidaat-adoptanten binnen een termijn van dertig dagen na het psycho-medisch-sociaal onderzoek in een met redenen omklede beslissing schriftelijk mee of het adoptieproject kan worden voortgezet of niet. De ZBGA ontvangt een kopie van die beslissing.

Als de adoptiedienst de voortzetting van het adoptieproject goedkeurt, zet hij de bemiddeling voort en sluit hij de overeenkomst vermeld in artikel 42 met de kandidaat-adoptanten.

Als de adoptiedienst de voortzetting van het adoptieproject weigert, biedt hij de kandidaat-adoptanten een gesprek aan waarin hij uitlegt waarom hij dit weigert.

De Regering bepaalt het maximale bedrag dat de kandidaat-adoptanten als bijdrage in de kosten van de adoptiebemiddeling en het psycho-medisch-sociaal onderzoek vermeld in § 3 betalen, alsook hoe die bijdrage in de kosten wordt overgeschreven.

§ 5 - De adoptiedienst staat ter beschikking van de kandidaat-adoptanten tijdens de verdere procedure en ondersteunt hen tijdens de wachttijd.

Hij heeft in het bijzonder de volgende taken :

1° de kandidaat-adoptanten bij de voorbereiding van het adoptiedossier ondersteunen en adviseren;

2° de documenten vermeld in artikel 361-2 van het Burgerlijk Wetboek en het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek met toepassing van artikel 361-3 van het Burgerlijk Wetboek aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten bezorgen;

3° elk jaar minstens één psycho-medisch-sociaal evaluatiegesprek organiseren;

4° de documenten vermeld in artikel 361-3, 2°, of artikel 361-5, 1° en 2°, van het Burgerlijk Wetboek of, in voorkomend geval, gelijkwaardige documenten, dan wel de vrijstelling van indiening ervan overeenkomstig artikel 361-4 van het Burgerlijk Wetboek ontvangen van de bevoegde buitenlandse autoriteit of via de ZBGA;

5° zodra een bepaald kind aan de kandidaat-adoptanten kan worden voorgesteld en nadat de ZBGA met dat 'voorstel voor een kind' heeft ingestemd, met de kandidaat-adoptanten een gesprek voeren, waarbij wordt ingegaan op de elementen van het verslag vermeld in artikel 361-3, 2°, of in artikel 361-5, 1°, van het Burgerlijk Wetboek;

6° de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie, alsook de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen, aan de bevoegde buitenlandse autoriteit bezorgen;

7° de kandidaat-adoptanten voorbereiden op het opnemen van het kind en op hun reis naar de Staat van herkomst van het kind;

8° de kandidaat-adoptanten ondersteunen bij hun reis en bij de verdere adoptieprocedure in de Staat van herkomst van het kind, alsook bij de erkenning van de adoptie;

9° veiligstellen dat alle juridische en administratieve maatregelen voor het verblijf van het kind bij de kandidaat-adoptanten vervuld zijn.

De adoptiedienst informeert de ZBGA over de uitvoering van de taken vermeld in het tweede lid, 2° en 6°.

De adoptiedienst kan overeenkomstig artikel 50, eerste lid, door de ZBGA belast worden met de voortzetting van een adoptiebemiddeling en met de uitvoering van één of meer taken vermeld in de §§ 3 en 5.

**Art. 46.** Vertalingen

Als vertalingen noodzakelijk zijn, worden de daardoor ontstane kosten door de kandidaat-adoptanten gedragen.

*Afdeling 4. — Adoptiebemiddeling via de ZBGA*

**Art. 47.** Bemiddelingsvoorwaarden

De ZBGA kan de adoptiebemiddeling overnemen voor kandidaat-adoptanten die over een geschiktheidsvonnis overeenkomstig artikel 1231-1/7 beschikken en :

1° een kind willen adopteren vanuit een Staat of een deelstaat waarvoor geen enkele erkende adoptiedienst de toestemming tot samenwerking heeft;

2° een kind willen adopteren in het kader van een interlandelijke intrafamiliale adoptie. Onder interlandelijke intrafamiliale adoptie wordt verstaan : de adoptie bedoeld in artikel 360-2 van het Burgerlijk Wetboek die betrekking heeft op een verwant kind of een kind dat het dagelijks leven van de toekomstige adoptant deelt of heeft gedeeld, voor zover die adoptie niet onder de artikelen 363-2 en 363-3 van het Burgerlijk Wetboek valt.

De ZBGA kan de adoptiebemiddeling vermeld in het eerste lid, 1°, weigeren, als de Staat van herkomst een Staat is waar een hoog veiligheidsrisico bestaat.

**Art. 48.** Bemiddelingsgesprek

De in artikel 47 vermelde kandidaat-adoptanten richten zich voor een bemiddelingsgesprek tot de ZBGA. Tijdens dat gesprek verstrekken de kandidaat-adoptanten aan de ZBGA de vragenlijst vermeld in artikel 27, § 2, de in het Duits vertaalde wetgeving op het gebied van adoptie van de Staat van herkomst en elk ander document dat informatie over het adoptieproject kan verstrekken.

**Art. 49.** Onderzoek van het adoptieproject

§ 1 - Na ontvangst van de documenten vermeld in artikel 48 verzoekt de ZBGA indien nodig om de ondersteuning van elke bevoegde Belgische of buitenlandse autoriteit of organisatie om na te gaan of :

1° de bevoegde buitenlandse autoriteiten het toepasselijke recht en de krachtens het internationaal recht aan het kind toegekende grondrechten eerbiedigen;

2° de herkomst, de adopteerbaarheid en het belang van het kind gewaarborgd zijn. Hiertoe verzoekt de ZBGA om de documenten vermeld in artikel 361-3, 2°, of artikel 361-5, 1° en 2°, van het Burgerlijk Wetboek of, in voorkomend geval, gelijkwaardige documenten, dan wel de vrijstelling van indiening ervan overeenkomstig artikel 361-4 van het Burgerlijk Wetboek;

3° het subsidiariteitsbeginsel bepaald in artikel 21 van de Verdrag van 20 november 1989 inzake de Rechten van het Kind en in artikel 4 van het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 wordt nageleefd;

4° de Staat van herkomst van het kind het Verdrag van Den Haag van 29 mei 1993 of het Verdrag van 19 oktober 1996 betreffende de bevoegdheid, het toepasselijke recht, de erkenning, de tenuitvoerlegging en de samenwerking op het gebied van ouderlijke verantwoordelijkheid en maatregelen ter bescherming van kinderen heeft ondertekend;

5° het adoptieproject niet tot ongepast geldelijk voordeel leidt voor de personen die verantwoordelijk zijn voor het kind of voor anderen overeenkomstig artikel 21, *d*), van het Verdrag van 20 november 1989 inzake de Rechten van het Kind;

6° de buitenlandse wetgeving inzake adopties verenigbaar is met de bepalingen van het Belgische recht.

§ 2 - De ZBGA deelt de beslissing mee aan de kandidaat-adoptanten binnen vier maanden na ontvangst van de in § 1 vermelde documenten en van de door de Regering vastgelegde bijdrage in de kosten, ongeacht of het adoptieproject kan worden voortgezet of niet.

Indien de ZBGA na het verstrijken van de in het eerste lid vermelde termijn van vier maanden onvoldoende informatie heeft ontvangen van de in § 1 vermelde autoriteiten, wordt het adoptieproject opgeschort totdat die informatie is ontvangen. Binnen twee maanden na ontvangst van deze informatie deelt ze haar definitieve beslissing mee aan de kandidaat-adoptanten.

**Art. 50.** Overeenkomst

Als de ZBGA de voortzetting van het adoptieproject goedkeurt, zet zij de adoptiebemiddeling voort of belast ze een erkende adoptiedienst met de voortzetting van de adoptiebemiddeling.

Wanneer de ZBGA de adoptiebemiddeling voortzet, sluit ze een overeenkomst met de kandidaat-adoptanten waarin minstens de nadere regels voor de verdere samenwerking en de bijdrage in de kosten worden vastgelegd.

De Regering legt het model van de overeenkomst vast.

**Art. 51.** Overzending van documenten

Met toepassing van artikel 361-3 van het Burgerlijk Wetboek zendt de ZBGA de volgende documenten over aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten :

1° de stukken vermeld in artikel 361-2 van het Burgerlijk Wetboek;

2° het verslag over de kandidaat-adoptanten vermeld in artikel 361-2/1 van het Burgerlijk Wetboek;

3° de schriftelijke toestemming van de kandidaat-adoptanten om voor het kind te zorgen met het oog op adoptie;

4° de schriftelijk goedgekeurde beslissing van de ZBGA om het voorgestelde kind aan de kandidaat-adoptanten toe te vertrouwen.

**Art. 52.** Vertalingen

Als vertalingen noodzakelijk zijn, worden de daardoor ontstane kosten door de kandidaat-adoptanten gedragen.

**Art. 53.** Procedure

De kandidaat-adoptanten bedoeld in artikel 365-6, § 2, van het Burgerlijk Wetboek waarvoor de federale centrale autoriteit een met redenen omkleed advies inwint bij de ZBGA, vullen de in artikel 27, § 2, vermelde vragenlijst in en betalen aan de ZBGA de door de Regering vastgelegde bijdrage in de kosten. Nadat de ZBGA de bijdrage in de kosten heeft ontvangen, stelt ze het met redenen omkleed advies vermeld in artikel 365-6, § 2, tweede lid, van het Burgerlijk Wetboek op.

*Afdeling 6. — Interlandelijke adoptie van kinderen die hun gewone verblijfplaats in België hebben*

**Art. 54.** Procedure

§ 1 - Overeenkomstig artikel 362-1 van het Burgerlijk Wetboek ontvangt de ZBGA van de federale centrale autoriteit een verslag over één of meer in het buitenland wonende personen die een kind willen adopteren dat zijn gewone verblijfplaats in België heeft.

Als een kind in aanmerking komt voor adoptie, bezorgt de ZBGA de gegevens over het kind overeenkomstig artikel 1231-34 van het Gerechtelijk Wetboek aan de federale centrale autoriteit.

§ 2 - In opdracht van de familierechtbank voert de ZBGA het in artikel 40 vermelde maatschappelijk onderzoek naar de adopteerbaarheid van het kind uit.

§ 3 - Als de ZBGA van de federale centrale autoriteit het vonnis over de adopteerbaarheid van het kind ontvangt, zendt ze de volgende documenten aan de bevoegde buitenlandse autoriteiten:

- 1° de met redenen omklede beslissing om de adoptieprocedure voort te zetten;
- 2° het vonnis over de adopteerbaarheid;
- 3° het verslag over het kind vermeld in artikel 362-3, 4°, van het Burgerlijk Wetboek.

*Afdeling 7. — Adoptiebegeleiding en nazorg*

**Art. 55.** Adoptiebegeleiding

De ZBGA :

1° biedt op verzoek van de adoptanten, de geadopteerden en de biologische ouders begeleiding en ondersteuning aan;

2° biedt de adoptanten en de geadopteerden regelmatig bijeenkomsten rond adoptie aan;

3° staat ter beschikking van de geadopteerden bij vragen over hun identiteit of herkomst.

De ZBGA kan de taken vermeld in het eerste lid geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de uitvoering van de adoptiebegeleiding geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt welk bedrag de kandidaat-adoptanten betalen als bijdrage in de kosten van de adoptiebegeleiding, alsook de manier waarop die kostenbijdrage wordt overgeschreven.

**Art. 56.** - Nazorg

De ZBGA biedt nazorg aan het kind en aan de adoptanten. Die nazorg omvat minstens :

- 1° een eerste contact binnen 15 dagen na de aankomst van het kind in het gezin;
- 2° een eerste bezoek thuis bij de adoptanten binnen drie maanden na de aankomst van het kind in het gezin;
- 3° een tweede bezoek thuis in het jaar van aankomst van het kind, een jaarlijkse ontmoeting tot de adoptie definitief afgesloten is en een ontmoeting in het jaar waarin de adoptie wordt afgesloten;
- 4° de nazorg die vereist wordt door de bevoegde autoriteiten van de Staat van herkomst.

De ZBGA kan de taken vermeld in het eerste lid geheel of gedeeltelijk overdragen aan een erkende adoptiedienst.

Onder de door de Regering vastgestelde voorwaarden kan de uitvoering van de nazorg geheel of gedeeltelijk aan derden worden overgedragen.

De Regering bepaalt welk bedrag de kandidaat-adoptanten betalen als bijdrage in de kosten van de nazorg, alsook de manier waarop die kostenbijdrage wordt overgeschreven.

*HOOFDSTUK 6. — Samenwerking, vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens*

**Art. 57.** Samenwerking

Onverminderd de bepalingen van dit hoofdstuk zijn de ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, verplicht tot samenwerking.

De ZBGA en de adoptiediensten die met de adoptie van een kind worden belast, stellen elkaar in kennis van de maatregelen die reeds zijn genomen in het kader van de taken die hun bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan zijn opgelegd.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de bevoegdheidsverdeling en taakverdeling.

**Art. 58.** Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de ZBGA, de adoptiediensten en alle natuurlijke personen of rechtspersonen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

**Art. 59.** Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de adoptiediensten verwerken persoonsgegevens uitsluitend met het oog op de uitvoering van de opdrachten die in dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan zijn bepaald.

In dat verband wijzen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en de adoptiediensten hun medewerkers en externe adviseurs op hun plichten inzake informatieveiligheid en bescherming van persoonsgegevens.

§ 2 - In het kader van de uitvoering van artikel 24, §§ 2 en 3, artikel 25, § 1, artikel 27, § 2, artikel 28, tweede lid, artikel 34, tweede lid, artikel 35, eerste lid, artikel 36, § 1, eerste lid, artikel 37, eerste lid, artikel 38, eerste lid, en artikel 40, § 1, eerste lid, is het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Bij de uitvoering van de artikelen 44 en 45 zijn de adoptiediensten verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

In het kader van de uitvoering van artikel 24, § 4, artikel 25, § 2, en artikel 50, eerste lid, zijn het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - en de adoptiediensten samen verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens in de zin van artikel 26, punt 1, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming en leggen ze hun verplichtingen overeenkomstig artikel 26, punt 1 en 2, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming vast in een overeenkomst.

§ 3 - In de zin van artikel 4, punt 8, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming verwerken de volgende natuurlijke personen of rechtspersonen in opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - persoonsgegevens:

- 1° de gespecialiseerde instellingen vermeld in artikel 23, § 1, tweede lid;
- 2° de derden vermeld in artikel 31, tweede lid, artikel 55, derde lid, en artikel 56, derde lid;
- 3° de psychologen vermeld in artikel 35, tweede lid;
- 4° de per prestatie vergoede deskundigen vermeld in artikel 35, derde lid, artikel 36, § 1, tweede lid, artikel 37, tweede lid, en artikel 38, tweede lid;
- 5° de diensten vermeld in artikel 36, § 2, eerste lid, en artikel 40, § 2, eerste lid.

De natuurlijke personen of rechtspersonen vermeld in het eerste lid verwerken uitsluitend in opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - persoonsgegevens in het kader van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan.

**Art. 60.** Gegevenscategorieën

Het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - en de adoptiediensten kunnen, binnen hun verantwoordelijkheid vermeld in artikel 59, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën die betrekking hebben op de kandidaat-adoptanten, de adoptiegezinzen, de geadopteerden en de biologische ouders verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens inzake eindexamen en opleiding;
- 3° gegevens over de talenkennis;
- 4° gegevens over de gezinssituatie;
- 5° gegevens over de sociale en financiële situatie;
- 6° gegevens over de vrijetijdsbesteding;
- 7° gegevens over de bekwaamheden en interesses;
- 8° medische en psychologische gegevens;
- 9° gevoelige gegevens als bedoeld in artikel 9 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 10° justitiële gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;
- 11° gegevens inzake levensbeschouwelijke of religieuze overtuiging.

In opdracht van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - kunnen de natuurlijke personen of rechtspersonen vermeld in artikel 59, § 3, eerste lid, alle toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens vermeld in het eerste lid verwerken.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

**Art. 61.** Duur van de gegevensverwerking

§ 1 - Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, worden de gegevens gedurende tien jaar - te rekenen vanaf de datum waarop ze zijn verzameld - verwerkt en bewaard.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

§ 2 - In afwijking van § 1 bewaren het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap - waar de ZBGA gevestigd is - en de adoptiediensten de gegevens over de herkomst van de geadopteerde - in het bijzonder de gegevens over de identiteit van de ouders en de gegevens over de medische voorgeschiedenis van de geadopteerde en zijn familie die noodzakelijk zijn voor de monitoring van zijn gezondheidstoestand - gedurende honderd jaar, te rekenen vanaf de geboorte van de geadopteerde.

HOOFDSTUK 7. — *Recht op toegang tot informatie over de herkomst***Art. 62.** Recht van toegang

Binnen de perken van de wettelijke vereisten en met toepassing van artikel 368-6 en artikel 368-7 van het Burgerlijk Wetboek waarborgen de ZBGA en de erkende adoptiediensten de toegang van de geadopteerde of van diens wettelijke vertegenwoordiger of - als de geadopteerde overleden is - van diens nakomelingen tot de dossiers die in hun bezit zijn.

Als de geadopteerde jonger is dan 18 jaar, waarborgen de ZBGA en de erkende adoptiediensten een professionele begeleiding van de geadopteerde.

Als de geadopteerde ouder is dan 18 jaar, bieden de ZBGA en de erkende adoptiediensten hem een professionele begeleiding aan.

De overeenkomstig het eerste lid meegedeelde inlichtingen hebben betrekking op de geadopteerde.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de raadpleging van de dossiers vermeld in het eerste lid.

HOOFDSTUK 8. — *Slotbepalingen***Art. 63.** Wijzigingsbepaling

In artikel 6bis van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, tweede lid, 4°, wordt vervangen als volgt:

“4° de ontvangsten die voortvloeien uit de toepassing van artikel 33, § 1, artikel 35, vierde lid, artikel 49, § 2, eerste lid, artikel 50, tweede lid, artikel 53, artikel 55, vierde lid, en artikel 56, vierde lid, van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen.”

2° § 2, 2°, wordt vervangen als volgt :

“2° de overname van kosten die ontstaan in het kader van artikel 5, tweede lid, van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen;”

3° § 3, 2°, wordt vervangen als volgt :

“3° de overname van bijzondere uitgaven en uitgaven voor cultuur, sport en schoolse activiteiten die goedgekeurd werden met toepassing van de artikelen 44, 46 en 48 van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;”

4° in § 3, tweede lid, worden de woorden “onder § 2, 2° en 3°” vervangen door de woorden “in § 2, 2°, 3° en 4°”.

**Art. 64.** Opheffingsbepaling

Het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2014, wordt opgeheven.

**Art. 65.** Overgangsbepaling

Voor kandidaat-adoptanten die op de datum van inwerkingtreding van dit decreet de voorbereiding op de adoptie reeds aangevat hebben, wordt de voorbereiding op adoptie voortgezet overeenkomstig de bepalingen die vóór de inwerkingtreding van dit decreet van kracht waren.

**Art. 66.** Inwerkingtreding

Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 27 april 2020.

O. PAASCH

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,  
de Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,  
Werkgelegenheid en Media,

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs  
en Wetenschappelijk Onderzoek,

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken: 51 (2019-2020) Nr. 1 Ontwerp van decreet

51 (2019-2020) Nr. 2 Voorstel tot wijziging

51 (2019-2020) Nr. 3 Verslag

51 (2019-2020) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 27 april 2020 - Nr. 11 Bespreking en aanneming